

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M. viertel-
jährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 21 :. 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 106 :. Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 26. Mai 1911

Inhalt: Beitragszahlung. — Streitnotizen. — Zur Heimarbeit in der Lederwarenindustrie. — Lohnämter für Heimarbeiter. — Arbeitszeit und Arbeitsleistungen. — Elektrizität und Batterien. — Achter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. — Vorschläge zum achten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. — Ist die Einführung allgemeiner gültiger Alfordlohnstarife in der Portefeuilleindustrie möglich? — Streits und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Mundschau. — Briefkasten der Redaktion. — Bücherchau. — Sterbetafel. — Versammlungs-kalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 26. Mai bis 3. Juni ist der 25. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Breslau. Die Kofferfabrik von F. Saemann ist gesperrt.

Spandau. Bei der Firma G. Wilke stehen die Militärattler wegen Nichtanerkennung des Berliner Tarifs im Streik.

Köln. In der Wagen- und Automobilfabrik von Rievernagel in Brühl b. Köln dauern die Differenzen unverändert fort, dagegen sind sie bei den Firmen Herbrand u. Co. und Papler u. Sohn beigelegt.

Köln. In der Treibriemenfabrik von Bid stehen die Sattler in einer Tarifbewegung.

Ausland.

Budapest ist für Tischler gesperrt.

Prag. Die Sattler, Tischler, Riemen- und Hilfsarbeiter der Firma Streby u. Cie. stehen wegen der ungünstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen im Streik.

Zürich. Der ganze Kanton Zürich ist für Sattler gesperrt.

Von allen obengenannten Orten ist der Zugang streng fernzuhalten.

Zur Heimarbeit in der Lederwarenindustrie.

Schon Karl Marx beschäftigte sich eingehend mit dem Problem der Heimarbeit, indem er sie als einen Faktor hinstellte, der geeignet ist, die Arbeiterklasse in noch weit größerem Maße auszubeuten als wie es den Unternehmern während der Manufakturperiode möglich war und jetzt noch ist. Auch bürgerliche Gelehrte haben die Verhältnisse in der Hausindustrie zum Gegenstand ihrer Untersuchungen gemacht, um festzustellen, ob und inwiefern die Heimarbeit als Produktionsfaktor notwendig ist. Wir er-

innern hier an Schnapper-Arndt, E. Sar, G. Schmoller, P. Kampfmeyer, H. Wilbrandt, W. Sombart u. a. m. Die Ansichten und Auffassungen der Wissenschaftler stehen sich oft diametral gegenüber, aber darin sind sie sich alle einig, daß die Heimarbeit in erster Linie dazu dienen soll, den Unternehmern Mehrprofit zu schaffen. Die Gefahren, denen die Heimarbeiter in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung ausgesetzt sind, wurden von der Wissenschaft erkannt, weshalb die Soziologen versuchten, Verbesserungsorschläge zu machen, die geeignet sind, die größten Auswüchse der Heimarbeit zu beseitigen. Es liegt nun in der Natur der Dinge, daß den Arbeitern, die am meisten unter der Fron der Heimarbeit zu leiden haben, diese Verbesserungsbestrebungen nicht weit genug gehen, von den Unternehmern immer „von wegen der großen Belastung“ bekämpft werden.

Die Heimarbeiterschutzkongresse und Ausstellungen in Berlin und Frankfurt a. M. haben das öffentliche Gewissen aufgerüttelt und ihnen ist es in erster Linie zu danken, wenn die Regierung Veranlassung genommen hat, dem Reichstag ein Hausarbeitergesetz vorzulegen, welches noch vom Schnapsblod verabschiedet werden soll. So wenig dieser Entwurf den Arbeitern auch bietet, so sehr laufen die Unternehmer dagegen Sturm.

Daß die Arbeiter weder Mühe noch Arbeit scheuen, sich in Dienst des Heimarbeiterschutzes zu stellen, beweist ihre reichhaltige Literatur, die rege Teilnahme an dem diesjährigen Heimarbeitertag in Berlin und die Bereitwilligkeit, sich an der Hygieneausstellung in Dresden zu beteiligen. Im Gegenteile hierzu haben die Unternehmer, die ihre Fabrikate in der Heimindustrie herstellen lassen, das größtmögliche Interesse, an dem Zustand der Heimarbeit weder durch amtliche Kontrolle oder irgend welche gesetzliche Maßnahmen, noch durch gewerkschaftliche Betätigung irgend etwas ändern zu lassen, was geeignet sein könnte, die Ausdehnung der Heimarbeit zu beeinträchtigen. Deswegen haben die Berliner Konfektionäre die Objektivität der Berliner Heimarbeitersausstellung angezweifelt.

Dem Treiben der Unternehmer ist es zu danken, daß die Leitung der Hygieneausstellung in Dresden den Gewerkschaften Bedingungen stellte, die es der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeraten erscheinen ließen, die bereits erhaltene Fugage zurückzuziehen und von einer Beteiligung der Gewerkschaften an der Ausstellung abzusehen.

Die Unternehmer glauben selbst nicht, daß sie aus purem Mitleid mit den armen Arbeitern und Arbeiterinnen und aus reiner Menschenliebe die Heimarbeit beibehalten wollen. Sie lassen sich einzig und allein nur von der Sucht nach Mehrprofit leiten, und diese Sucht macht sie zu den Verteidigern der Heimarbeit. Ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, geben sie die

Heimarbeit in dem Augenblick auf, in dem sie ihnen nicht mehr profitabel genug erscheint. Keinen Tag länger werden Heimarbeiter beschäftigt, sobald Maschinen vorhanden sind, die ihre Leistungen ersehen und die Herstellungskosten verringern. Ein Unternehmer, der Heimarbeiter bei auskömmlichen Löhnen beschäftigt, trotzdem ihm rationelle Maschinen zur Verfügung stehen, würde jetzt in Dresden die goldene Medaille und einen Orden mit Eichenlaub und Schwertern erhalten. Solche Unternehmer gibt es nicht. Der Profit ist ihnen das Heiligste, an dem sie keine Profanierung dulden. In der Verteidigung dieses höchsten Ausbeutungsrechtes entschließt ihnen auch manchmal ein Wort, das sie lieber ungeprochen liehen. Doch die deutschen Lederwarenindustriellen sind nicht so feinfühlig. Hat einer der ibrigen einmal aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht, so wird er von der Gesamtheit gedeckt. Mit brutaler Offenheit verteidigt die Vereinigung deutscher Lederwarenindustrieller den Standpunkt: „Die Heimarbeit ist der Lebensfaden der deutschen Lederwarenindustrie.“ Im Verfolg dieses Grundsatzes sträuben sich die Offenbacher Lederwarenfabrikanten, die Arbeiterforderungen, die darauf hingingen, einer weiteren Ausdehnung der Außerhausarbeit entgegenzuwirken, auch nur im geringsten zu erfüllen. Es sollen die Werkstattarbeiter ausgesperrt werden, um es zu ermöglichen, daß die Heimarbeiter aus jeder tariflichen Regelung ausgeschaltet und die vertraglichen Bestimmungen nicht auf die Hilfskräfte der Außerhausarbeiter ausgedehnt werden. Das alles tun die Unternehmer aus purer Arbeiterfreundlichkeit. Trotzdem stehen sie die Masse des Beleidigten heraus, wenn man ihnen geradeheraus erklärt, sie benutzen die Heimarbeit nur zum Zwecke des Rohdrucks, Umgehung des Tarifvertrages oder sie nehmen die überaus lange Arbeitszeit der Außerhausarbeiter als Vorwand, den Werkstattarbeitern zu beweisen, daß sie ganz gut mehr als 9 Stunden täglich arbeiten können, die Einführung der 8stündigen Arbeitswoche nicht nötig ist. Wer so etwas von den Lederwarenfabrikanten glaubt, der zahlt einen Taler in ihre led gewordenen Vereinskasse. Doch Spaß beiseite. — Die Menschenfreundlichkeit und die Betätigung auf sozialem Gebiet wird in dem Moment von den Unternehmern eingestellt, in dem auch nur vorübergehend Anforderungen an ihren Geldbeutel gestellt werden.

Mit Bangen und Bangen verfolgen die Heimarbeiter die jetzigen Reichstagsverhandlungen. Wo sind die menschen- und arbeiterfreundlichen Unternehmer, die vorgaben, nur Heimarbeiter zu beschäftigen, damit sie nicht verhungern, die jetzt die Heimarbeiter vor Entrechtung durch die Reichsversicherungsordnung schützen? Die Hilfskrankenassen, in denen die Heimarbeiter zum großen Teil gegen Krankheit versichert sind, sollen beilegt, dagegen sollen

in den Landkrankenfallen zugeführt werden, in denen sie wohl Pflichten, aber keine Rechte haben. Dazu kommt, daß die Heimarbeiter im Falle einer Erkrankung nur die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes als Krankengeld erhalten sollen. Wo dieser ortsübliche Tagelohn nur auf 1,50 Mk. oder weniger feststeht, ist, gelangen 75 Pf. oder noch weniger an Krankengeld zur Auszahlung. Diese Bestimmung ist so brutal, daß die Wirkung nur die sein wird, daß die Heimarbeiter der Ledermarenindustrie, soweit sie in dem erlernten Vermögen als Werkstatthalter nicht unterkommen können, sich anderen Verufen anwenden. Von anderen Unternehmern zu erwarten, daß sie derartige Folgen erkennen und Vorbeugungsmassregeln treffen, wäre zu viel verlangt. Denn ist heute! Nach uns die Zeit! Jetzt bringt uns die Heimarbeit den weissen Profit, jetzt machen wir sie uns zumuse! Mögen in einer späteren Zeit die Leute sich den Kopf zerbrechen, unter welchen Bedingungen sie produzieren wollen. Wir haben die uneingeschränkte Heimarbeit, daran lassen wir uns nicht rütteln."

Es ist doch nun nichts natürlicher, als daß die Arbeiterchaft, gleichgültig ob in der Fabrik, ob beim Zwischenmeister oder in der Heimindustrie beschäftigt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bereit ist, die Heimarbeit die ihnen so viel Schaden bringt, und das Zwischenmeisterystem aus dem Produktionsprozess gänzlich auszuschalten. Wir geben uns durchaus nicht der Hoffnung hin, mit einem Schlage oder im Handumdrehen zu unserem Ziele zu gelangen. Wir begnügen uns im Anfang mit den in unserem Tarifentwurf vorgesehene Einschränkungsmaßnahmen und sind uns gewiß, daß die gesamte Kollegenchaft Deutschlands hinter diesen Forderungen steht und bereit ist, alles daran zu setzen, sie auch zur Durchführung zu bringen.

Lebensweisheit.

Allen zu gefallen kann möglich nicht sein.
Es sein zuviel Köpfe und zu wenig Verstand dazwischen.
Alter Spruch.
Unser Leben ist der Werd durch Arbeit; wir hängen 50 Jahre am Strick und zappeln; aber wir werden uns losschneiden.
Georg Büchner.

Arbeitszeit und Arbeitsleistungen.*)

Von wesentlicher Bedeutung für die Gesundheit ist das Maß der Arbeit und die Art der Arbeitsleistungen.

Ein gewisses, den Körperkräften angepasstes Maß von Arbeit ist erforderlich, um die einzelnen Organe und somit auch den ganzen Organismus leistungsfähig zu erhalten, einerseits weil unartige oder nicht genügend arbeitende Organe an Masse abnehmen, andererseits nur bei regelmäßiger hinreichender Arbeit alle Körperteile von dem Lebenssaft, dem Blut, kräftig genug durchströmt werden. Größere Schädigungen als die ungenügende Arbeit ruft die übermäßige Beschäftigung hervor, wobei es mehr oder weniger belanglos ist, ob die Heberanstrengungen durch zu große Einzelleistungen erfolgen oder durch zu ausgedehnte Arbeitsdauer, ohne daß in diesem Falle die Einzelleistungen das Durchschnittsmaß übersteigende Anforderungen an den Körper stellen. Mit dem Wesen der Hebermüdigung auch schwer zu kennzeichnen, so ist daran festzuhalten, daß es sich hierbei im allgemeinen um einen Zustand handelt, der an der Grenze zwischen Gesundheit und Krankheit liegt. Vorhanden sind die Erscheinungen allgemeiner oder örtlich begrenzter Muskelschwäche, Unsicherheit und Ungeschicklichkeit in allen schnelleren und feineren Bewegungen, unruhiger, nicht erquickender Schlaf, Schläfrigkeit oder Schlaflosigkeit, Schläffigkeit der Verdauungsorgane, Unregelmäßigkeit des Pulses, Schwindel und Angstgefühl, Erniedrigung des Appetits, mangelhafte Verdauung und Abmagerung.

Die Leistungsfähigkeit, sowie die langsamere und schnellere Ermüdung eines Organs hängt in erster Reihe von dem Grade seiner Entwicklung ab.

*) Diesen Artikel entnehmen wir der beachtenswerten Broschüre: „Die Schwindigkeit der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung“ von Professor Dr. med. Th. Sommerfeld-Verlin. Verlag A. Schilde u. Co., Berlin NW. 6. Zu beziehen in allen Buchhandlungen.

Lohnämter für Heimarbeiter.

Von den Gesetzen, welche im Reichstag noch der Vollendung harren, ist auch der Entwurf über die gesetzlichen Schutzbestimmungen für die Heimarbeiter zu nennen. Da aber noch nicht einmal die zweite Lesung des Entwurfs im Plenum erledigt ist, dürfte mit dem Zustandekommen dieses Gesetzes in diesem Reichstag nicht mehr zu rechnen sein. Am meisten würden sich darüber die Heimarbeiter beschäftigenden Unternehmer freuen. Ihnen ist der Entwurf trotz seiner vielfachen Unzulänglichkeiten von Anfang an gegen den Strich gegangen. Insbesondere sind es die Bestimmungen über die Auslegung der Lohnverzeichnisse, welche den Unternehmern in dem Entwurf nicht gefallen. Den stärksten Widerstand aber setzen die Auftraggeber der Heimarbeiter der Absicht entgegen, für die Heimarbeiter Lohnämter einzuführen, welche für die Heimarbeiter Wendenhöhe festsetzen sollen. Der Gedanke von der Einführung solcher Lohnämter war nicht in dem Entwurf der Regierung enthalten, sondern er wurde von der Reichstagskommission, welcher der Entwurf zur weiteren Beratung überwiesen worden war, in die Debatte hineingetragen. In der ersten Lesung behielt dieser Gedanke dann auch mit einer sehr knappen Mehrheit die Verhandlung, aber in der zweiten Lesung wurde die Bestimmung über die Einführung von Lohnämtern mit Stimmengleichheit wieder beseitigt. Die Regierung war von Anfang an gegen die Errichtung solcher Lohnämter. Doch die Möglichkeit, daß eine derartige Bestimmung noch in das Gesetz hineinkommt, ist nicht ausgeschlossen. Zunächst befürchten die Unternehmer eine solche Eventualität. Und ihr Augenmerk ist nun darauf gerichtet, diese Möglichkeit zu verhindern. In Sitzungen der Handelskammern und anderen Unternehmerorganisationen nehmen Fabrikanten und Auftraggeber der Heimarbeiter Resolutionen gegen das Heimarbeiterschutzgesetz im allgemeinen und gegen die Errichtung von Lohnämtern im besonderen an.

Zu den Fabrikantenorganisationen, welche derartige Proteste beschließen, kam vor kurzem auch der Verband thüringischer Industrieller. Nach einem Referat des Vorsitzenden dieses Verbandes über den Entwurf des Heimarbeiterschutz-Gesetzes nahm die Unternehmerversammlung folgende Erklärung an:

„Die in Anbetracht des besprochenen Entwurfs der thüringischen Heimindustrie sprechen die dringende Erwartung aus, daß die verbündeten Regierungen nach wie vor der Einführung von Lohnämtern im Hausarbeiterschutz gegenüber sich ablehnend verhalten. Die große thüringische Heimindustrie - Spielwaren, Glasinstrumenten-, Porzellan-, Knopf- und Wadspeler-Industrie - erklart in dem Verzicht der idematischen Festsetzung der Löhne in der

die je nach Alter, Geschlecht, Ernährung und Körperbau erheblichen Schwankungen unterworfen ist. Wenn wir von der physiologischen Betrachtung ausgehen, daß ein Muskel eine um so größere Last heben kann, je größer sein Querschnitt ist, d. h. je mehr Muskelfasern er nebeneinander enthält, und daß er eine Last um so höher heben kann, je länger er ist, d. h. je mehr Muskelfasern er der Länge nach zusammenreihet, so leuchtet, was auch natürlich und selbstverständlich erscheint, vor allem das ein, daß Personen, deren Wachstum beendet ist, leistungsfähiger sind als diejenigen, deren Körper noch in der Entwicklung begriffen ist, daß ferner Frauen, deren Knochen- und Muskelbau allgemein schwächer ist als der der Männer, auch weniger leistungsfähig als diese sind. Diese Erwägung hat auch in der deutschen Arbeiterchutzgesetzgebung darin Ausdruck gefunden, daß die schulpflichtigen Kinder zu regelmäßiger gewerblicher Tätigkeit, insbesondere wenn sie einen Teil der Nachtzeit beansprucht, nach den Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes nicht herangezogen werden dürfen, und daß andererseits die Beschäftigungsdauer und teilweise auch die Beschäftigungsart der jugendlichen Arbeiter und Frauen in vielen Betriebszweigen beschränkende Bestimmungen unterworfen worden ist. Auch der erwachsene Arbeiter bedarf eines gewissen Schutzes, beziehungsweise einer gewissen Bevormundung, damit seine Arbeitskraft und somit auch seine Gesundheit weder durch fremde noch durch eigene Schuld übermäßig ausgenutzt werde. Mit wenigen Ausnahmen hat die Regierung die Festsetzung der täglichen Arbeitsdauer dem freien Spiel der Kräfte überlassen, das sich bald als friedliche Vereinbarung, häufiger jedoch als wirtschaftlicher Kampf darbietet. Während die Arbeitgeber im allgemeinen behufs besserer Ausnutzung der Arbeitskräfte und Arbeitsmaschinen eine längere Arbeitsdauer wünschen, erstreben die Arbeitnehmer zur Schonung ihrer Arbeitskraft und Wahrnehmung ihrer außerberuflichen Pflichten eine mögliche Verhinderung derselben. Wohl hat die lebhaft, von den verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen getragene Bewegung besonders in den beiden letzten

Heimindustrie durch staatliche Organe eine für fast alle Industrien technisch undurchführbare und für die Lebensbedingung der Industrie und der in ihr beschäftigten Arbeiterchaft überaus verhängnisvolle Maßregel.“

Die „Ameise“, das Organ der Bergarbeiter, beantwortet die Frage: „Wie verhält es sich mit den Lohnämtern und wie denkt man sich ihre Betätigung und Wirksamkeit?“, indem sie auf die Anträge und Debatten in der betreffenden Reichstagskommission hinweist, welche darüber genügenden Aufschluß geben. Dieser Kommission lagen drei Anträge vor, deren Besantworter in der Hauptsache die Lohnämter auf isolgender Grundlage errichtet sehen wollten:

Erstens sollte dem Reichsanwalt oder der Landeszentralbehörde das Recht gegeben werden, für bestimmte Zweige der Heimarbeit Lohnämter einzurichten zu können. Diese Lohnämter sollten zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Heimarbeitern mit einem von der Behörde bestellten Vorstehenden bestehen.

Ein anderer Antrag forderte, daß der Reichsanwalt oder die Landeszentralbehörde auf Antrag eines Gewerbegerichts, einer Arbeitskammer oder einer beteiligten Organisation von Heimarbeitern oder Unternehmern bestimmen könnten, daß zwischen den Parteien vereinbarte Tarifbestimmungen oder Lohnzahlungen für alle in der betreffenden Industrie vorhandenen Unternehmer und den von ihnen beschäftigten Heimarbeitern rechtsverbindlich sein sollten.

Und ein dritter Antrag wollte die Frage der Lohnämter in folgender Weise lösen: Auf Antrag von Hausarbeitern oder ihrer Organisation sollte das Gewerbegericht verpflichtet sein, für seinen Bezirk die Lohnsätze für die Branche, von deren Angehörige es angerufen wurde, für eine bestimmte Zeit festzulegen. Hi für einen Bezirk ein Gewerbegericht nicht zuständig, dann sollte dafür eine Kommission eintreten, die zu gleichen Teilen von Unternehmern und Hausgewerbetreibenden im Sinne des Gesetzes gebildet wurde. Der Vorsitzende sollte ein Vertreter der Gewerbesteuer sein.

In der ersten Lesung wurden die beiden ersten Anträge von der Kommission angenommen; der dritte Antrag aber wurde abgelehnt. Aber mit Stimmengleichheit stießen auch die beiden ersten Anträge in der zweiten Lesung der Kommission.

Was ist nun der Grundgedanke dieser Anträge? Sehen wir von der formalen Seite ab, so folgen die Anträge der Absicht, daß die Löhne für bestimmte Zweige der Heimindustrie nicht mehr auf dem Wege der einprüchellosen Bestimmung durch den Auftraggeber oder durch das Unterbieten der einzelnen Heimarbeiter oder infolge einer Verständigung zwi-

Nahrzehnten fast in allen Verufen die tägliche Arbeitsdauer andauernd herabgemindert und den Jahrsstundenanzahl den fast allgemein üblichen geschaffen, aber immer noch begehren in einer nennenswerten Reihe von Industriezweigen, und zwar gerade in den körperlich anstrengenden, wie in der Großeisenindustrie, einer das Maß der menschlichen Leistungsfähigkeit übersteigenden täglichen Arbeitsdauer. Eine zehnstündige tägliche Arbeitszeit sollte als Höchstleistung gelten, und eine Herabminderung dieser Arbeitsdauer ist für diejenigen Beschäftigungen zu fordern, die entweder sehr große körperliche Anforderungen stellen, oder in denen die Gesundheit des Arbeiters durch gewerbliche Gifte, durch übergroße Hitze oder durch Entbehrung des Tageslichtes besonders gefährdet ist.

Ein unbeeinträchtigt Wohlfinden des Menschen ist nur denkbar, wenn die berufliche Tätigkeit nicht das Zueinandergreifen der Kräfte, der körperlichen wie der seelischen, stört, wenn also gleichmäßig oder doch nacheinander die gesamten Organe in Tätigkeit verkehrt werden. Nun hat aber gerade die berufliche Tätigkeit die Eigentümlichkeit, diese Harmonie durch die übertriebene Inanspruchnahme einzelner Körperteile zu beeinträchtigen. Einen großen Teil der Leistungskraft, die dem gesamten Organismus innewohnt, leitet die einseitige Tätigkeit zu ihrem Vorteil auf sich ab. Mit der Vervollstummung der Technik und der rastlosen Einführung neuer Maschinen schreitet die Arbeitsteilung, der unsere Industrie allerdings mit ihre Hilfe verdammt, immer weiter vor und gesaltet die gewerbliche Tätigkeit zu einer immer einseitigeren, zu einer rein mechanischen, die den Arbeiter nicht allein an den Standort vor seiner Maschine oder seinem Arbeitsstück stellt, sondern in der Regel auch nur einzelne Körperteile in Tätigkeit versetzt, während der übrige Körper mehr oder minder völlig in Untätigkeit verharrt. Der Arbeiter, der andauernd die gleiche Teilarbeit verrichtet, wird schließlich in sich zur Maschine. Die Eintönigkeit seiner Beschäftigung summt seinen Geist ab, und die immer weiter um sich greifende Verzählung nach angefertigten Stücken zwingt oder

schon dem einzelnen Auftraggeber und dem einzelnen Heimarbeiter festgesetzt werden sollten. Sondern die Löhne sollten in ihrer Höhe durch eine Instanz bestimmt werden, für welche der Grundsatz der gleich starken Vertretung der beiden Interessententeile unter dem Vorsitz eines Unparteiischen gelten sollte. Schon diese Bedingung, daß Arbeiter und Unternehmer aus der Branche maßgebend für die Formulierung der Preise oder Löhne sein sollten, hätte verhindert, daß man von einer „schematischen“ Festsetzung der Löhne reden könnte. Und zu dem kommt noch, daß diese Lohnämter nur Mindestlöhne festsetzen sollten. Löhne, von denen angenommen werden mußte — immer nach der Auffassung von Sachverständigen —, daß sie die untere Grenze der Bezahlung der Arbeit des Heimarbeiters darstellten. Daß trotz dieser „schematischen“ Festsetzung die Löhne noch eine weite Bewegungsfreiheit nach oben haben würden, ist klar.

Vor allen Dingen wenden sich aber die Unternehmer auch aus dem Grunde gegen die Lohnämter, weil sie fürchten, daß durch dieselben die Löhne der Heimarbeiter im allgemeinen höhere und damit die Konkurrenz erschwert werden würde. Soffentlich würden allgemeine höhere Löhne die Folgen einer solchen Einrichtung sein. Die Konkurrenzsfähigkeit aber würde darunter nicht leiden, sondern im Gegenteil, sie würde gestärkt werden. Insbesondere würde der unlauteren Konkurrenz ein Niegel vorgeschoben werden. Und kann eine Konkurrenz unlauterer sein als jene, die sich nur auf Grund jämmerlicher, erbärmlicher Hungerlöhne behaupten kann? Gerade jenen Unternehmern, die im Ernst eine unlautere Konkurrenz bekämpfen, müssen solche Lohnämter nur willkommen sein. Auch sind die Lohnämter an sich durchaus nichts Neues und allgemein Unmögliches. In Neuseeland bestehen solche Einrichtungen mit dem besten Erfolge seit 1890, in Victoria seit 1896 und in England wurden Lohnämter im Jahre 1909 für die Heimarbeiter in der Kettensticherei, Spitzen- und Nadelindustrie, in der Kartonnagen- und Kleiderkonfektionsbranche eingeführt. — Die sachlichen Einwände der Unternehmer gegen die Lohnämter fallen also in sich zusammen.

Deswegen sollten es sich auch insbesondere unsere Kollegen angelegen sein lassen, die heimarbeitenden Kollegen, die mit ihren Frauen und Kindern für einen jämmerlichen Lohn bis zur völligen Erschöpfung arbeiten, über die Lohnämter aufzuklären. Daß diese Förderung die wichtigste ist, die wir an ein Heimarbeiterschutzgesetz zu stellen haben, beweist allein der grenzenlose Haß der Unternehmer gegen diese Einrichtung.

Achter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Montag, den 26. Juni 1911, in Dresden, im Saale des „Zwoli“.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgegeben:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: C. Legien, Berlin.
3. Beratung der Anträge, betreffend:
 - a) Allgemeine Agitation;
 - b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern;
 - c) Streifenunterstützung und Streifenstatistik;
 - d) Arbeiterinnen-Sekretariat;
 - e) Korrespondenzblatt;
 - f) Sozialpolitische Abteilung;
 - g) Central-Arbeitersekretariat;
 - h) Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine.

4. Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch. Referent: Rechtsanwalt Dr. Seinemann, Berlin.

5. Heimarbeiterrecht und Hausarbeitsgesetz. Referent: C. Reichmann, Bremen.

6. Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung. Referent: Robert Schmitt, Berlin.

7. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung. Referent: Paul Umbreit, Berlin.

8. Die Stellung der Privatangeestellten im Wirtschaftsleben. Referent: B. Lange, Hamburg.

9. Bildungsbestrebungen und Bibliothekwesen in den Gewerkschaften. Referent: J. Sassenbach, Berlin.

10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Der Kongreß wird am 26. Juni 1911, morgens 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 1. Juli tagen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien, Berlin S. O. 16, Engelauer 15. Die Adresse des Lokalkomitees in Dresden ist: Oskar Seebald, Dresden, Ribbenbergstr. 4, 1.

Anträge zum achten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Punkt 2 der Tagesordnung.

Rechenschaftsbericht der Generalkommission.

Deutscher Bauarbeiterverband (Zweigverein Bremen): „Der Gewerkschaftskongreß möge beschließen, daß in Zukunft an der Gewerkschaftsschule nur Parteigenossen als Lehrkräfte tätig sind, und zwar solche, die den Klassenkampf in klarer Weise ihre Schüler lehren.“

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Bamern): „Die Dauer der von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtskurse ist zu verlängern und die Zahl der Teilnehmer zu vergrößern. Bei der Auswahl der Unterrichtserleidenden ist darauf zu sehen, daß dieselben hinsichtlich ihrer politischen Anschauungen der sozialdemokratischen Partei angehören.“

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Erfurt): „Die Gewerkschaftsschule der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist mit der Parteischule zu vereinigen. Solange die Verschmelzung nicht durchgeführt ist, sind die Gewerkschaften verpflichtet, die Parteischule mit Gewerkschaftsfunktionären zu besetzen. Ferner hat die Generalkommission dahin zu wirken, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei veranlaßt wird, Parteifunktionäre an dem Unterrichtskursus der Gewerkschaftsschule teilnehmen zu lassen.“

a) Allgemeine Agitation.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstelle Offenbach): „Der achte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands möge auch für Baden einen Gewerkschaftssekretär oder eine Sekretärin anstellen, um eine regere Agitation für die Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen und sie zu fördern.“

Als Sitz dieses Sekretariats wird die gewerkschaftlich am liebsten gelegene mittelbadische Stadt Offenbach empfohlen.“

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Offenbach a. Main): „Der 8. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands möge erklären, daß die Arbeiterjugendbewegung noch mehr wie bisher gefördert werden muß. Die organisierten Arbeiter werden deshalb verpflichtet, die Agitation unter der arbeitenden Jugend, sowie den Ausbau der Jugendorganisation zu unterstützen. Der Kongreß empfiehlt den Arbeitern, für die weiteste Verbreitung der Zeitschrift „Arbeiterjugend“ unter den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern in geeigneter Weise Sorge zu tragen.“

Gewerkschaftssekretär Stolz: „Bei Neuanschaffung von Gaulteatern ist Stolz in erster Linie zu berücksichtigen.“

drängt doch den Arbeiter, möglichst viel Einzelleistungen auszuführen. Diese Eintönigkeit in Verbindung mit der Hast und dem Mangel innerer Befriedigung sind durchaus geeignet, das Nervensystem ungünstig zu beeinflussen, und die Nervenschwäche mit ihrer schädlichen Beeinflussung des Schlafes und der Ernährung ist nicht mehr das wenig beachtenswerte Vorrecht der im Salon sich langweilenden Dame, sondern bereits ein charakteristisches Merkmal der modernen Jahrarbeit, wie sie der modernen Zeit überhaupt den Stempel aufdrückt. Ein Ausgleich dieser Schädigung ist unerlässlich, und nur möglich durch einen geeigneten Wechsel in der Beschäftigung, durch den Aufenthalt in freischer anregender Luft, durch Turnen und wohl abgewogenen leichten Sport, Hordenungen, die nur dann erfüllbar sind, wenn die Arbeitszeit nicht einseitig der Wirtschaftlichkeit des Betriebes, sondern auch der Gesundheit des Arbeiters angepaßt wird.

Wenn der Beruf zu sitzender Lebensweise zwingt, vermeide sorgfältig, den Oberkörper vornüber zu beugen und ermögliche die gerade Haltung durch eine seiner Größe entsprechende Sitzgelegenheit oder durch Erhöhung des Arbeitsmaterials. Mehr noch als Erwachsene leiden durch die fehlerhafte Haltung Personen im jugendlichen Alter, deren Brustkorb infolge des noch nicht abgeschlossenen Knochenwachstums leicht eine dauernde Entstellung erleidet. Der Einfluß der Beschäftigung auf die Gesundheit ist überhaupt schon für die Wahl des zu ergreifenden Berufes zu berücksichtigen. In der Regel ist für die Berufswahl die persönliche Neigung ausschlaggebend; der Gesundheitszustand des Kindes wird zuweilen vernachlässigt. Daß hierdurch die Gesundheit schwer geschädigt werden kann und auch der Tuberkulose vielfach Tor und Tür geöffnet wird, liegt auf der Hand. Hasten doch, wie wir eingehend dargelegt haben, einer großen Reihe von Berufen so schwere Schädigungen gerade der Atmungsorgane an, daß nur wenig Angehörige dieser Berufsweige der Tuberkulose entgehen. Dieses Gesdial wird den Arbeiter um so sicherer treffen, wenn er mit schwach entwickeltem Brustkorb oder gar mit beginnender

Tuberkulose befaßt ist in den gefährlichen Beruf eintritt. Ich wiederhole an dieser Stelle meinen wiederholt gemachten Vorschlag, daß die Eltern vor der Entlassung ihres Kindes aus der Schule gemeinsam mit dem Leiter der Anstalt, dem zuständigen Klassenlehrer und dem Schularzt über die Wahl des zu ergreifenden Berufes beraten. Wemdem Unheil würde auf diesem Wege mit Sicherheit vorgebeugt werden.

Elektrizität und Bakterien.

Es ist begreifliches Bestreben, neue oder neu bekannte gemordene Erscheinungen zur Erklärung geheimnisvoller Vorgänge heranzuziehen. Als die Erscheinung der Radioaktivität entdeckt wurde, mußte sie herhalten zur Beantwortung der mannigfachen Fragen, für die man noch keine Formel gefunden hatte. Oft verfährt man dabei mit Glück, und es hat sich — um bei dem Beispiel zu bleiben — mit Hilfe der radioaktiven Erscheinungen doch mehr erklären lassen, als man zuerst annehmen konnte. Als man noch mehr im Banne der elektrischen Erscheinungen und der Batterienkunde stand als jetzt, mußten natürlich diese beiden Gebiete kombiniert werden. Es sind eine große Reihe von Versuchen angestellt worden, wie Elektrizität auf Bakterien wirkt und dergleichen mehr. Da sich Verste der Hauptsache nach dieser Dinge annahmen, war es kein Wunder, daß die Versuche so ungewöhnlich angestellt wurden wie es nur möglich war, daß die wichtigsten Umstände außer Betracht gelassen und die Versuche mitunter mit einer Radioaktivität angestellt wurden, wie man sie nur bei jollenden Ansetzungen über Elektrizität und Bakterien sind, desto mehr erwartet er natürlich von der Elektrizität in bezug auf die Bakterien. Ein ernsthafter Physiker würde sich von vornherein keine allzu großen Hoffnungen gemacht haben. Und die Zeit hätte ihm recht gegeben. Versuche in dieser Richtung liegen massenhaft vor, meist unbrauchbare, aber auch gute. Diese guten haben die magere Erwartung unseres sachverständigen Physikers bestätigt. Hans Friedenthal hat einmal die Ergebnisse der Ar-

beiten zusammengetragen (Arbeiten aus dem Gebiete der experimentellen Physiologie, 1908). Das Ergebnis läßt sich kurz etwa folgendermaßen darstellen.

Der elektrische Strom ist nur unter Zuhilfenahme von Wärme oder durch Bildung antiseptischer Zersetzungspolprodukte innerhalb der bis jetzt angewendeten Stromstärken imstande, Bakterien zu vernichten; ob bei Ausschluß von Elektrolyse und Wärmebildung überhaupt er imstande ist, Bakterien zu vernichten, ist sehr fraglich. Die Elektrizität verhält sich also anscheinend gerade so wie das Licht — auch damit wieder die nahe Verwandtschaft beider Erscheinungen nahelegend. Auch das Licht kann nach bisherigen Erfahrungen nur indirekt, durch Bildung antiseptischer Substanzen, Bakterien vernichten, denn bei Abwesenheit von Wasser und Sauerstoff hat es jede bakterientötende Kraft verloren. Beesbrook fand, daß sporenhaltige Tetanuskulturen nur bei Gegenwart von Sauerstoff durch Licht getötet werden, Fels fand trockenes tuberkulöses Sputum nach 140tägiger Belichtung noch keimkräftig.

Elektrizität wie auch Licht müssen, um auf Bakterien wirken zu können, erst eine Umwandlung in Wärme oder chemische Kraft erfahren. Versuche müssen auch in der Richtung darauf Rücksicht nehmen, daß man die Erwärmung oder Zersetzung des Stromdurchflössenen Versuchskörpers ausschaltet. Das ist schwer, ebenso wie es schwer ist, auch nur eine einigermaßen gute Gleichmäßigkeit der Erwärmung zu erreichen, weil die eingelagerten Leichten und Batterien Ungleichförmigkeiten erzeugen, weil durch die aufsteigenden Gasperlen Schaumbildung eintritt usw.

Sobiel ist jedenfalls sicher, daß der Elektrizität in der bisher angewandten Form eine große praktische Bedeutung bei der Tötung von Bakterien nicht zukommt. Wärme sowohl wie Antiseptika sind bisher in anderer Weise billiger zu beschaffen als durch den elektrischen Strom. Radioaktivität und Röntgenstrahlen sehen wir hier nicht als elektrische Erscheinungen an; ihre Wirkung ist allerdings unbestreitbar und höchst wertvoll.

b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.
Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Erfurt): „Die Flugblätter für die fremdsprachigen Arbeiter sind illustriert herauszugeben (Lesensuntauglichen Arbeitern wird durch die Illustration die Möglichkeit gegeben, die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft kennen zu lernen).“

c) Zweifelhafte Unterstützung und Streikstatistik.
Centralverein der Bildhauer Deutschlands (Hauptvorstand): „Eine allgemeine Kasse ins Leben zu rufen, zu der sämtliche Centralverbände nach ihrer Mitgliederzahl regelmäßige Beiträge leisten zwecks Unterstützung bei Streiks und Ausperrungen, die von den betreffenden Verbänden allein finanziell nicht durchgeführt werden können. Diese Kasse verwalte die Generalkommission nach einem zu schaffenden Regulative.“

Deutscher Bauarbeiterverband (Zweigverein Düsseldorf): „In Erwägung, daß die wirtschaftlichen Kämpfe immer größere Dimensionen annehmen, möge der Kongreß beschließen: Daß die organisierte Arbeiterschaft in Zukunft auf dem Wege des Umwegeverfahrens zu den Unkosten derartiger Bewegungen herangezogen wird, weil das bisherige Sammelsystem völlig unzureichend ist. Ueber die Notwendigkeit derartiger Aktionen entscheidet die Generalkommission in Verbindung mit den Hauptvorständen. Auch die Höhe der auszuführenden Beiträge ist Sache der genannten Körperschaften.“

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstellen Berlin und Göttingen): „Bei Ausperrungen, deren Unterstützung infolge ihres Umfangs nur mit außergewöhnlichen Mitteln möglich ist, ist von allen der Generalkommission angeschlossenen Verbänden ein der Mitgliederzahl entsprechender Beitrag zu erheben. Die Art der Aufbringung der Mittel bleibt den Gewerkschaften überlassen, darf aber keinesfalls durch Sammlungen über die eigene Mitgliedschaft hinaus geschehen.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Neumünster): „Da die großen wirtschaftlichen Kämpfe durch die von dem Unternehmertum hervorgerufenen Ausperrungen immer bedrohlicher werden und die finanzielle Kraft der in Betracht kommenden Gewerkschaften so stark in Anspruch nimmt, daß die Aufbringung der Mittel durch ihre eigenen Mitglieder fast unmöglich wird, wolle der Gewerkschaftskongreß prüfen, ob nicht von sämtlichen Organisationen, welche der Generalkommission angegliedert sind, ein Extrabeitrag von 5 Pf. pro Mitglied und Woche zu erheben ist und dieser pro Quartal durch die Centralvorstände der Generalkommission unverzüglich zuzuführen ist, um bei außerordentlichen Kämpfen der im Kampf befindlichen Organisation einen Zuschuß zu gewähren.“

e) Correspondenzblatt.
Deutscher Bauarbeiterverband (Zweigverein Bremen): „Es sind in Zukunft die Arbeitsprodukte des Herrn Calver in „Correspondenzblatt“ nicht mehr aufzunehmen, weil diese den Klassenkampf nicht fördern, sondern hemmen, weil erwiesenermaßen verschiedene seiner Schriften in bester Weise die Sache des Kapitals, des Gegners des Proletariats, beförtern.“

h) Vereinbarungen mit dem Centralverband deutscher Konsumvereine.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstelle Frankenberg): „Die Resolution 52e des Kölner Gewerkschaftskongresses ist aufzuheben und eine andere, für die Arbeiter günstigere Schlichtung von Streitigkeiten herbeizuführen.“

Deutscher Bauarbeiterverband (Zweigverein Bremen): „Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist zu beauftragen, die Vorarbeiten für ein solches Kreditssystem zwischen den Arbeiter-Konsumvereinen und den ihr angeschlossenen Gewerkschaften in die Wege zu leiten, daß den Mitgliedern der Gewerkschaften, die auch Mitglieder der genannten Konsumvereine sind, ein nach Höhe ihres Umsatzes und eines einzuschätzenden Notfonds, sowie nach der Mitgliederzahl in der Gewerkschaft begrenzter Kredit verschafft wird, auf den in Notfällen nach Anweisung der Gewerkschaften Warenabgabe an die Mitglieder erfolgt.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Hartha): „Der Gewerkschaftskongreß wolle die Generalkommission beauftragen, mit dem Parteivorstand und dem Vorstand des Centralverbandes deutscher Konsumvereine in Verbindung zu treten zum Zwecke der gemeinschaftlichen Erörterung und Prüfung der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen die genossenschaftliche Herstellung von Papier für den Bedarf der drei Organisationen durchführbar ist.“

Gewerkschaftsartikel Westar: „Die Gewerkschaftsvorstände sind zu verpflichten, mehr wie bisher Agitation für die Konsumvereine zu betreiben, wogu in erster Linie aufklärende Artikel in den Verbandsorganen dienen. Auch müßte bei Vorträgen gewerkschaftlicher Natur immer mit auf den Nutzen des genossenschaftlichen Zusammenschlusses hingewiesen werden, als eine Waffe gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Der Gewerkschaftskongreß erkenne die Wichtigkeit der Konsumvereine mit moderner Betriebsweise und Leitung für die organisierte Arbeiterschaft an und erwerbe von den einzelnen Gewerkschaften, daß sie für Ausbreitung des Genossenschaftswesens ernstlich bemüht sind.“

Punkt 6 der Tagesordnung.
Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.
Vorstand des Verbandes der Buch- und Steinbrudereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands und gewerkschaftliches Arbeiterinnen-Comité: Resolution.

„Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen, welche die Frauen vom Schöffennamte und dadurch Arbeiterinnen und weibliche Angestellte von der Mitwirkung in den wirtschaftlichen Sondergerichten ausschalten, sind Veranlassung, auch in der Arbeiterversicherung — außer in der Krankenversicherung — den weiblichen Versicherten das aktive und passive Wahlrecht zu verfahren.“

Auch der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung, der in der Begründung ausdrücklich die Ausdehnung des Frauenwahlrechts auf alle Versicherungsträger in Aussicht stellt und mit dem starken Vordringen der weiblichen Erwerbstätigkeit und mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung recht fertigt, schaltet im Gesetz selbst diese Möglichkeit wieder aus.

Bei der großen Zahl der der Arbeiterversicherungs-gesetzgebung unterstellten Arbeiterinnen, die durch die in der Reichsversicherungsordnung vorgezeichnete Ausdehnung der Versicherungspflicht noch erhebliche Steigerung erfahren wird, ist die Beibehaltung der bisher geübten Praxis, welche die Frauen von der Mitwirkung in den Ehrenämtern der Arbeiterversicherung ausschließt, eine traffe Ungerechtfertigung. Sie ist nicht zu verstehen nach der dem Entwurf beigegebenen Begründung, um so weniger, als die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse schon beim Reichsvereingeseß dazu geführt haben, den Frauen größere politische Rechte zu gewähren. Die harte Verteilung des weiblichen Schicksals am Erwerbseben und die besonderen Bestimmungen für Frauen in den Arbeiterversicherungsgesetzen, erfordern unbedingt die Mitwirkung der weiblichen Versicherten in der Rechtsprechung.

Der Kongreß erneuert deshalb den schon 1908 gefassten Beschluß, bei allen Gesetzen auf die Gewährung gleicher Rechte für beide Geschlechter hinzuwirken und erwartet, daß die Regierung den Wünschen der Arbeiterschaft aus den von ihr selbst als notwendig erkannten Gründen in Zukunft Rechnung trägt.“

Punkt 9 der Tagesordnung.
Bildungsbestrebungen und Bibliothekwesen in den Gewerkschaften.

Deutscher Bauarbeiterverband (Zahlstelle Bremen): „In Orten, wo seitens der Partei und des Gewerkschaftsartikels Körperschaften für Bildungsbestrebungen und Centralbibliotheken eingerichtet sind, haben sich alle Gewerkschaften denselben anzuschließen und dürfen keine anderen Bildungsausschüsse eingerichtet werden.“

Verband der Deutschen Buchdrucker (Gauverein Württemberg): „Der Gewerkschaftskongreß empfiehlt den angeschlossenen Verbänden eine tatkräftige Unterstützung der in den meisten deutschen Städten während des letzten Jahres eingerichteten Arbeiter-Unterrichtskurse. Wo die Statuten dieser Organisationen es zulassen, sollen die Verbände möglichst als korporative Mitglieder beitragen.“

Punkt 10 der Tagesordnung.
Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Fünfter Verbandstag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter: Der achte Gewerkschaftskongreß in Dresden hebt die Abfäße 4 und 5 der auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß beschlossenen Resolution betreffend Grenzfreizügigkeiten auf.“

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Lübeck): „Da die beliebenden Beschlüsse der Vorstandskonferenzen betreffs Grenzfreizügigkeiten unter den Gewerkschaften nicht zu einem zufriedenstellenden Resultat geführt haben und um eine friedliche Entwidlung im Gewerkschaftsleben herbeizuführen, beschließt der achte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, daß, soweit es möglich ist, diejenigen Verbände, die überwiegend ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen organisieren, in einem Verbande zu vereinigen sind.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Bergedorf): „Der Gewerkschaftskongreß wolle beschließen, die Generalkommission zu beauftragen, mit denjenigen Verbänden, die sich zumeist aus ungelerneten Arbeitern zusammensetzen, zwecks Verschmelzung dieser Verbände in Verbindung zu treten.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Neumünster): „In Erwägung, daß die wirtschaftlichen Kämpfe durch das Vorgehen des Unternehmertums und die von demselben bewirkten Ausperrungen immer bedrohlicher werden, so daß nur eine große einheitliche Organisation imstande ist, diesen Bestrebungen wirksam entgegenzutreten; in weiterer Erwägung, daß die heutigen unsicheren Erwerbshältnisse einen öfteren Berufswechsel bedingen und den Uebertritt von der einen Organisation zu der anderen erschweren, beschließt der Gewerkschaftskongreß, daß alle Verbände, bei welchen eine berufsmäßige Ausbildung der Mitglieder nicht erforderlich ist, sich zu einer Organisation verschmelzen.“

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Tangermünde): „Für die in den Schokoladenfabriken beschäftigten Hülfsarbeiter soll nicht der Bäcker- und Konditorenbund zuständig sein, sondern der Fabrikarbeiterverband.“

Verband der Schiffszimmerer (Zahlstellen an der Kieler Förde): „In Anbetracht dessen, daß die wirtschaftlichen Kämpfe einen immer schärferen Charakter annehmen und die Taktik der Unternehmervverbände dahin geht, durch große Ausperrungen den Arbeitern ihren Willen aufzuzwingen, werden die Branchenverbände aufgefordert, sich zu leistungsfähigen Industrieverbänden zu vereinigen, oder sich an solche anzuschließen.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Delmenhorst): „Der achte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands wolle beschließen, daß Mitglieder, welche einer der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Organisation mindestens 5 Jahre ununterbrochen angehören, bei einem Wechsel ihres Berufs durch nichts verpflichtet werden können (Verträge usw.), in die alsdann zuständige Berufsorganisation überzutreten. Es darf lediglich der freie Wille des betreffenden Mitgliedes maßgebend sein.“

Deutscher Bauarbeiterverband (Verwaltungsstelle Lübeck): „Der Gewerkschaftskongreß möge beschließen, die Uebertrittsbedingungen in den einzelnen Gewerkschaften zu erleichtern oder gänzlich aufzuheben. Eventl. Mittel und Wege zwecks Gründung von Industrieverbänden zu schaffen.“

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Lübeck): „Der Gewerkschaftskongreß möge beschließen, die Reiseerfrage auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresses zu setzen.“

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Schwabach a. G.): „Der Gewerkschaftskongreß wolle beschließen, die freien Gewerkschaften mögen in Gemeinschaft mit der Partei dahin wirken, daß mehr wie bislang der 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe gefeiert wird.“

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Tangermünde): „Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und jede Arbeiterin ist verpflichtet, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.“

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstellen Frankfurt a. M., Gießen und Wiesmar): „Wenn ein Arbeitgeber Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation unternimmt und die örtliche Organisation des Verbandes es für notwendig erachtet, über die Firma den Boykott zu verhängen, so kann mit Zustimmung des Gewerkschaftsartikels und der örtlichen Parteileitung der Boykott über die Firma verhängt werden.“

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstellen Frankfurt a. M., Gießen und Wiesmar): „Die gewerkschaftlich organisierten Männer sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß sich ihre Frauen und Töchter ihren Berufsorganisationen anschließen. Im Falle der Weigerung sind dieselben von der örtlichen Leitung ihres Verbandes dazu anzuhalten.“

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstelle Dahme, West):
Resolution:

„Infolge der steuer- und sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung ist die Tabakindustrie, die sowieso schon über alles Maß belastet war, abermals schwer geschädigt worden. Durch diese erneute Schädigung der Industrie ist über die Tabakarbeiter Deutschlands, die ohnehin schon ein lärgliches Dasein führen mußten, unglückliches Elend herbeigeführt worden. Die Fabrikanten suchten die neuen Lasten durch Lohnabzüge auf die Arbeiter abzuwälzen und drückten dadurch die Lebenslage der Tabakarbeiter auf das niedrigste Niveau. Den Tabakarbeitern wurde dadurch die Möglichkeit auf eine halbwegs anständige Existenz genommen.“

„Mit Rücksicht auf diese Maßnahmen der Regierung und der Tabakindustriellen gegen die Tabakarbeiter fordert der achte Gewerkschaftskongreß die Arbeiter ganz Deutschlands auf, bei Konsumvereinen, Gastwirten, Zigarrenhändlern usw. dahinzuwirken, daß dieselben nur von solchen Fabrikanten ihre Zigarren beziehen, die mit ihren Arbeitern den vom Deutschen Tabakarbeiterverband vorgeschlagenen

Tarif abgeschlossen haben. Der Gewerkschafts-
kongress verpflichtet sich ferner, den Kampf der
Tabakarbeiter gegen Regierung und Unternehmern
in jeder Form zu unterstützen."

Ist die Einführung allgemein gültiger Akkordlohnlarife in der Portefeullerindustrie möglich?

Mit dieser hochwichtigen Frage beschäftigten
sich die Berliner Kollegen, welche auf Eisen-
rahmengarretreue arbeiten. Sie
samen zu dem Entschluß, daß die Einführung
von Akkordlohnlarifen, die für gleichartige
Arbeit gleiche Löhne in allen Betrieben vorsehen,
nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist.
So sind in der Eisenrahmenbranche Lohnunter-
schiede von 6 Mk. und mehr per Tugend durch-
aus nicht selten. Dasselbe ist von den übrigen
Branchen zu sagen. Die Kollegen der Eisen-
rahmenbranche wollen nun bei der diesmaligen
Tarifbewegung bahnbrechend vorgehen und
wollen nachfolgenden Akkordlohnlarif zur Ein-
führung bringen.

Akkordlohnlarif für Eisenrahmen- Zigarrenreueis.

Größe	14x10	14x11	15x11	15x12
Preis Mk. p. Dg.	15,—	16,—	17,—	18,—
Für Klappen einfassen 1 Mk. weniger pro Dgd. Tischen				
" Klemmtafel eingehaft 50 Pf. m. "				
" eingehaft 75 "				
" überstehende Falten 2.— Mk. mehr pro Tugend				
Großgrün Zehnhund Tischen 1 Mk. m. p. Dg. Tisch.				
Cap Saffian	8			
Protobol	8			
Eidechs	21			
Kalblederfutter gebrochen	1			
Kalbleder Spiegel	50 Pf.			

Es wäre wünschenswert, wenn die Kollegen-
schaft der übrigen Sparten ebenfalls den Ver-
such wagen, auf gleicher Grundlage basierende
Akkordlohnlarife zu schaffen. Mit der Durch-
führung dieses Planes würde das erreicht
werden, was bereits im Jahre 1890 versucht
und 1906 mit negativem Resultat wiederholt
worden ist.

Streiks und Lohnbewegungen.

Krieg oder Frieden in der Lederwarenindustrie?
Als Ergänzung unseres Artikels in voriger Nummer
erhielten wir aus Offenbach folgenden Bericht:

Mit den ergebnislosen Verhandlungen der
Schlichtungskommission, die am 8. Mai zwecks
Vorbereitung eines neuen Vertragsentwurfs für die
Portefeuller- und Reißartikelfabrikindustrie einberufen
war, beschäftigte sich eine am Montag, den 15. Mai,
in Gewerkschaftsbaus stattgefundene und außer-
ordentlich gutbesuchte Vertrauensmännerversammlung.
Die Verhandlungen der Schlichtungs-
kommission wurden vom Kollegen Wurm eingehend
geschildert und besonders das Verhalten der christ-
lichen Vertreter ins rechte Licht gerückt, die sich zum
Teil Einladungen zu dieser Sitzung durch falsche
Vorpiegelungen vom Regierungsdirektor Herrn S.
Fischer ergatterten. Mitglied der Schlichtungs-
kommission ist nach dem laufenden Vertrag nur der
christliche Herr Absmeier und mußten die Herren
Kienecker und Nees vom christlichen Verban-
de, nachdem das festgestellt und die sie betreffenden Ein-
ladungen zurückgezogen waren, zu ihrem größten
Leidwesen das Feld räumen. — Wie nicht anders
zu erwarten war, brachte die Schlichtungskommission
einen neuen Entwurf nicht zustande und wurde, wie
schon berichtet, auch von der Anrufung des Tarif-
ombdes Abstand genommen.

Nebst erwähnte noch die Stellungnahme der
„Offenbacher Zeitung“, die in einer tendenziösen Be-
richtertatung die Tatsachen auf den Kopf stellt.
Besonders ist das der Fall in Nr. 109 vom 10. Mai
dieses Scharfmacherorgans, wo in bezug auf das
Organisationsverhältnis der bei der Tarifbewegung
in Betracht kommenden Arbeiter Zahlen aufgeführt
werden, die völlig aus der Luft gegriffen und in
ihrer Zusammenstellung darauf berechnet sind, unter
der Arbeiterzahl dieses Berufes eine gagehafte Stim-
mung zu erzeugen. Wichtig davon ist nur, daß die
Bewegung circa 4000 Personen erfaßt; falsch aber
sind alle anderen Zahlen. Nicht 2500, wie die
„Offenbacher Zeitung“ schreibt, sind freiorganisi-
ert, sondern 3850 für die Bewegung in Be-
tracht kommenden gehören dem Verban-
de Sattler und Portefeuller an, und wir haben die
„Offenbacher Zeitung“ hiermit ein-
sich von der Richtigkeit dieser Zahlen
in unserem Verbandsbureau zu über-
zeugen. Wo nur die 1000 Neutralen und 500

ähnlich organisierten Sattler und Portefeuller
berkommen, ist ein Rechenbeispiel, das uns die
„Offenbacher Zeitung“ anmachen soll. Also die Ab-
sicht ist gar zu deutlich und jeder Arbeiter, der noch
Abonnement dieses Blattes ist, sollte mit Mühsal auf
solche Vertretung seiner Interessen, sein Geld in
Zukunft besser anzuwenden wissen, als für ein
Abonnement der „Offenbacher Zeitung“.

Das wurde auch in der sehr lebhaften Diskussion
zum Ausdruck gebracht, wie überhaupt die ganze
Versammlung von zurechtlicher Stimmung
getragen war. Man ist entschlossen, von den Forde-
rungen nicht abzulassen und will lieber ohne Ver-
trag arbeiten, als einen unvortheilhaften Vertrags-
abschluss, wodurch den Arbeitern auf Jahre die Hände
gebunden würden. Soll wieder ein Vertrag zustande
kommen, so muß er die gegenwärtigen Forderungen
verhältnisse einigermaßen ausgleichen, was auch in
der Hauptsache die Ursachen unserer Forderungen
sind. Die Vertrauensmänner sind sich auch darü-
ber einig, daß die Heimarbeit endlich eine Einschränkung
erfahren muß, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingun-
gen nicht noch erheblich verächtlicht werden sollen.
Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig an-
genommen.

Wien. Wie wir bereits in Nr. 20/11 kurz
mitteilen, hatte die Firma Herbrand u. Co.
Waggonfabrik sich entschlossen, ihre Tore am 15. Mai
für Arbeitsschließung zu öffnen. Schon um 10 Uhr
morgens versammelten sich die Streikenden, wobei
festgestellt wurde, daß von den 661 nicht ein einziger
der Aufforderung gefolgt ist. Um 12 Uhr wurde
ein Trupp „Eichenmonatslinder“ aus Hamburg ver-
stehend aus 67 Stützen des Kapitals, welche in einem
Waggon 4. Klasse auf einem der Fabrik gehörigen
Sondergleise anlangten, abgeladen und im Speicher
der Sattlerei einlogiert. Die Firma betraute sich
zwei Stunden lang die ihr zugeführten Klausenreißer
und wendete sich mit Graufen von ihnen. Jetzt
war die Direktion bereit, mit dem Arbeiterauschuß
zu verhandeln. In den zweitägigen Verhandlungen
wurde den Arbeitern anstatt der 57tägigen die
57tägige Arbeitswoche zugewilligt. Gerade dieser
Erfolg ist deshalb hoch zu veranschlagen, weil es als
sehr wahrscheinlich anzunehmen ist, daß der Metall-
industriellenverband dahinter steht und gegen jedes
Zugeständnis in diesem Punkte Front macht. Eine
generelle Lohnerhöhung um 10 Proz. konnte nicht
erreicht werden. Es wurde vereinbart, die Akkorde
so festzusetzen, daß Stundenverdienste von 70 Pf.
erzielt werden können. Die Lohnarbeiter erhielten
eine Zulage von 2 bis 5 Pf. die Stunde. Anstatt
der 14tägigen Lohnzahlung wird die Stägige ein-
geführt. Sämtliche Streikenden wurden am 23. Mai
wieder eingestellt, und zwar jeder auf seinen alten
Platz, ohne daß die Vorarbeit über ärztliche Unter-
suchung angewendet wird. Das Arbeitsverhältnis
gilt als nicht unterbrochen. Die „Hingebredner“
werden sofort aus dem Betriebe entfernt. Zu be-
merken wäre noch, daß vier von den Streikbrechern
innerhalb drei Tagen sich erhebliche Verletzungs-
zugeschlagen haben. Einer hat an der Maschine zwei
Finger verloren, einem wurde der Arm zerquetscht,
einer hat sich verbrannt und der vierte hat eine
schwere Kopfverletzung davongetragen. Ein Teil der
Streikbrecher hat sich in der unästhetischen Weise be-
nommen. So hielten sie in Gegenwart von Frauen
und Kindern ihren entblößten Hintern aus dem
Fenster. Revolverbesitzer ohne jede Veranlassung
war an der Tagesordnung. Als die Kommission der
Arbeiter zwecks Verhandlung mit der Direktion den
Fabrikhof betrat, winkten die Streikbrecher pro-
duzierend mit einer gelben Fahne. Die Fabrikdirektion
atmete erleichtert auf, als sämtliche Streikbrecher
verlassen in einem Rollwagen, mit Wasserdampf vor-
aus die Fabrik verließen.

**Ein erfolgreicher Streit der Portefeuller in
Paris.** Bei der Firma Chapel u. Cie hatten 48
Portefeuller die Arbeit niedergelegt, weil ihre
Forderung auf Entlassung eines die Arbeiterinter-
essen schädigenden Vorarbeiters nicht erfüllt worden
war. Nachdem aber der Streit einige Tage gedauert
hatte, erfolgte die Entlassung des Vorarbeiters, wo-
rauf die Streikenden die Arbeit wieder aufnahmen.

Aus unserem Beruf.

Nicht als ein Musterbetrieb in der Portefeuller-
industrie präsentiert sich uns die vor nicht allzu-
langer Zeit von Frankfurt nach Offenbach über-
gesiedelte Firma A. Patry. Von außen gesehen, ein
solcher moderner Prachtbau, hergen diese Mauern
Zustände, die wohl in der ganzen Portefeuller- und
Reißartikelfabrikindustrie Offenbachs einzig dastehen
dürften, wie in einer am 13. d. M. stattgefundenen
und gut besuchten Fabrikversammlung festgestellt
wurde. Auffällig, uns aber nach der letzten Ver-
sammlung durchaus erklärlich, ist vor allem die große
Arbeiterfluktuation in diesem Betriebe. Es hat es
eben seiner lange aus, verzichtet gerne auf die

Lebensstellung, die ihm bei seinem Eintritt in Aus-
sicht gestellt wurde und ist froh, wenn er den Staub
dieser Fabrik wieder von den Füßen schütteln kann.
Nur der kann auf eine, allerdings vom Standpunkt
der Arbeitermoral durchaus nicht bedeutungsvolle
Lebensstellung hoffen, der nach oben Unterwürfigkeit
zeigt, nach unten aber zu treten verwehrt. Einige
Exemplare dieser Gattung üben denn auch die ver-
dienstvolle Tätigkeit weidlich aus. Bemerkenswert
für diesen Betrieb ist auch, daß sich die Firma für
die Zuschneider und Ausbauer einen eigens zu diesem
Zweck angekauften Aufseher hält, der, mit Fremden-
kenntnissen nicht allzu sehr beschwert, sich um so nach-
drücklicher seinem Amte widmen kann. Niemand
darf sich mit seinem Nebenmann auch nur im Ge-
ringsten unterhalten oder gar lachen, nicht er sich nicht
einen ganz gewaltigen Ansehener begehrt, seine Ent-
lassung anzuhängen. So wurde vor ganz kurzer Zeit
einem Arbeiter gefündigt, weil er das furchtbare
Verbrechen beging, mit einer zufällig vorübergehenden
Arbeiterin ein Lächeln auszutauschen. Worum
lachte er auch? In diesem Betriebe ist wirklich nichts
zum Lachen und das Lachen müßte eigentlich jedem
ganz von selbst vergehen. Wenn es aber nicht ver-
geht, der wird einfach hinausgeworfen, denn das
wäre ja noch schöner, denn mit der Einstellung eines
Arbeiters hat der Fabrikant doch nicht nur dessen
Hände und Arme, sondern den ganzen Kerl, und
selbstverständlich auch Gesicht und Mund des Arbei-
ters gepachtet. Ohne seine Erlaubnis darf darum
weder geredet noch gelacht werden.

Noch schöner soll es bei den Arbeiterinnen her-
gehen. Die sogenannte Vorarbeiterin der Kaderei
scheint eine gute Schule durchgemacht und besonders
das Schimpfwörterlexikon gut einstudiert zu haben.
Knigges „Umgang mit Menschen“ gehört offenbar
nicht zu ihrem Hüftzeug. Ihr Vorgehen hat nicht
zuletzt die Umkehr des Wortes Kaderei in Kadereci
bewirkt. Wehe der Arbeiterin, die sich vor Eintritt
der Kaderei oder Kadereci die Hände wäscht, mögen
sie noch so schmutzig sein. Eine Viertelstunde Lohn-
abzug, wenn nicht Schlimmeres, ist ihr sicher. Liebe-
volle Bezeichnungen der Arbeiterinnen, als Minnie,
Bäbe, Lumpenku, vermischt mit fürchterlichen
Drohungen wie: „Ach reiße euch in Heben“ usw. sind
zu täglichen Erscheinungen geworden. In Kaderei
und Zuschneiderei sind vor einiger Zeit täglich zwei
Leberstunden gemacht worden; in der Zuschneiderei
wurden jedoch, wie uns gefast wurde, nur 1 1/2 Stun-
den bezahlt, wahrscheinlich in Verächtlichtung
der notwendigen Zeit zur Befriedigung menschlicher
Bedürfnisse, die einem in diesem Betriebe gegen-
sicherer Weise in erhöhtem Maße antommen können.
Unter diesen Umständen erscheint es einigermaßen
erklärlich, daß der Durchschnittslohn männlicher Ar-
beiter, wie aus unserer Lohnstatistik hervortritt, in
diesem Betriebe 44 Pf. pro Stunde beträgt. Und
dabei sollen nach der „Offenbacher Ztg.“ die Löhne
während der Tarifzeit um 10 Proz. gestiegen sein.
Die Gehälter der Aufpasser müssen doch auch heraus-
gewirtschaftet, am Profit darf aber nichts gekürzt
werden.

Der merkwürdigste Raum in diesem Betriebe ist
aber offenbar das sogenannte Lederzimmer, in dem
anscheinend ein böser Geist sein Unwesen treibt.
Frauen glauben bekanntlich in unserer Zeit noch am
ehesten an Gespenster und das muß wohl auch hier
die Ursache sein, daß sich die Arbeiterinnen weigern,
in diesem Zimmer zu arbeiten. Sehr zu Unrecht,
denn auch im Lederzimmer muß doch gearbeitet wer-
den und man kann es verstehen, daß hierher ein
Arbeiterin durch den jungen Herrn Chef ge-
schickt wurde: „Wenn Sie nicht ins Lederzimmer gehen,
kann ich Sie nicht gebrauchen, Sie können dann in
14 Tagen gehen.“ Die Arbeiterin geht, aber damit
ist doch das Uebel nicht beseitigt und es müßte in
dieser Hinsicht etwas geschehen, um den Arbeiterinnen
den Schreden vor diesem Räume zu nehmen. Viel-
leicht versucht man es einmal mit einer Austräue-
rung oder Teufelsbeschwörung?

Mit diesem Rate mag es für heute genug sein,
denn die Arbeiter hoffen, daß es nur dieses Hin-
weises bedürfte, um eine Wenigung zum Besseren
vorzunehmen. Einige Klagen wegen Nichtbezahlung
der tariflichen Mindestlöhne werden allerdings noch
die Schlichtungskommission für das Portefeuller-
und Reißartikelfabrikgewerbe zu beschäftigen haben. Und
da sage noch einer, daß die Forderung einer zehn-
prozentigen Lohnerhöhung zu viel verlangt sei!

Einen guten Abnehmer ihrer Waren hatte die
Portefeullerfabrik Ludwig Krumm in Offenbach an
dem Portefeuller Einzel. Derselbe war Viehhändler
besonders seiner Lederwaren, wobei ihm seine
Branchenkenntnisse außerordentlich aufzutraten kamen.
Um jede peinliche Störung zu vermeiden, traf er
seine Auswahl zu einer Zeit, wenn niemand am
Lager war. Zu diesem Zweck ließ er sich im Fabrik-
gebäude einrichten und betrieb sich nach erfolgter
Zeit, bis zum Geschäftsanfang, die Zeit mit Roman-
lesen. Diese Lektüre sollte ihm zum Verhängnis

werden. Die Kriminalpolizei konnte auf dem Umschlag eines Schauerromans den Namen Einzell entziffern, worauf seine Festnahme erfolgte. Die gestohlenen Waren verkaufte E. in Frankfurt a. M., Domburg u. d. R., Wiesbaden usw., wo noch Waren im Werte von 1100 Mark ermittelt wurden. So weit die Firma Krümm feststellen konnte, beträgt der ihr zugefügte Schaden 1800 M. Einzel kann um ein Jahr in der Staatspension über das verpöngliche irdische Glück nachdenken.

Das dritte türkische Armeekorps in Kirk-Kilise beträgt die Lieferung von 7000 Gewehrriemen, Sicherheitsleistung 10 Proz. Angebote sind mit von der türkischen Handelskammer beglaubigtem Zeugnis an die Verwaltung des Morps einzufenden.

Harmen. Die Leder- und Lederwarenfabrik Alexander Dahl beging kürzlich die Feier ihres 75-jährigen Bestehens.

Aus Industrie und Handel.

Die Ausfuhr in Sattler- und Täschnerwaren sowie andere nicht besonders genannte Lederwaren im Laufe des 1. Quartals 1911 ist den Berichten des statistischen Statistischen Amtes zufolge wohl dem Gewicht nach gestiegen, dem Werte nach, im Vergleich mit den Jähren für den Zeitraum des Vorjahres, gefallen. Die Ausfuhr genannter Waren betrug:

	Januar März	1911	1910	
Doppelzentner	13254	12412	+ 842	
Gesamtwert	8018000 M.	8266000 M.	- 188000 M.	

Die achtzigste Ausfuhr ist hauptsächlich auf Erzeugnisse der Sattlerwaren- und Lederwarenindustrie zurückzuführen, währenddem in der Position „Leine Lederwaren“ ein Rückgang eingetreten ist.

Genaue Zahlen darüber sind leider nicht zu erfahren, weil der schon seit vielen Jahren gewünschte Minderung des statistischen Warenzeichnisses, wonach „Leine Lederwaren“ wie „Leinwand“ in besonderen Unterpositionen aufgeführt werden, noch nicht Rechnung getragen worden ist.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag, der am 2. Mai d. J. zwischen dem Deutschen Reich und Schweden unterschrieben vollzogen wurde, weil der alte am 1. Dezember 1911 sein Ende erreicht, sieht eine bedeutende Erhöhung der letzten Zollsätze für Sattler- und Lederwaren vor, die für die deutsche Industrie insofern erschwerend wirkt, als der schwedische Markt bisher zum großen Teil von ihr versorgt wurde. So betrug Deutschlands Ausfuhr nach Schweden in Sattler-, Täschner- und sonst nicht genannten Lederwaren 1508 Doppelzentner im Jahre 1910, gegen 1107 Doppelzentner im Jahre 1909. Für unsere Industrie kommen folgende Tarifpositionen in Betracht:

Tarif-Nr.	Warengattung	Mehrfach	Zollfuß in der freien Zollzone	Zollfuß in der Zollzone
212.	Frei- und Transportriemen, Schnüre sowie Zwickel aus Leder oder Darm, auch in Verbindung mit Spinnstoffen; Nadel-, Schlag- u. Nähriemen; techn. Lederwaren wie Lederzüge zu Wagen sowie Kolben aus roter Haut u. Bindungen; auch Goldschlägerhäuten	1 kg	0,60	0,65
214.	Taschen (vaskor), mit od. ohne Einrichtung u. bei einem Nettogewichte von höchstens 0,5 kg für 1 Stück, sowie Mappen, Briefstaschen und Geldstaschen aus Leder oder Fell, auch in Verbindung mit anderen Materialien	1	2,00	3,00
215.	Cräus, auch mit Zubehör, Schwämmen, Futterale, Gürtel und Schürzen sowie Teile zu Gürteln, Schürzen od. Hosenträgern, alle soweit sie aus Leder oder Fell bestehen, auch in Verbindung mit anderen Materialien	1	1,50	2,00
218.	Sattlerwaren, auch aus Geflügelhäuten, sowie andere Waren, im allgemeinen Tarif nicht besonders genannt, aus Leder oder Fell, auch in Verbindung mit and. Materialien, wie Geschirre, Sättel, Reitgeräten, Reitdecken, Vorbereitungen zc.; ferner Felle und Borhandstücke aller Art, ohne Rücksicht auf die Beschaffenheit des Stoffes	1	1,20	1,50

Die Berliner Sattlerfabrikation hatte im Jahre 1910 nach dem Bericht der Reiteren der Kaufmannschaft gegenüber dem Vorjahre wiederum einen kleinen Aufschwung zu verzeichnen. Der Umsatz in den besseren Waren, welche Berlin fast ausschließlich produziert, ist etwas gestiegen, da diese beim Publikum immer mehr Eingang finden. Berlin wurde durch die steigende Konjunktur bedeutender für die Sattlerfabrikation, und diverse Betriebe konnten sich dadurch mehr auf die Großfabrikation einstellen. Die Preise für Materialien, wie Leder, Stoffe, metallene Beschläge u. a. m. liegen dauernd. Hierdurch, sowie durch höhere Forderungen der angelernten Arbeiter, welche im nächsten Jahre zu erwarten sind, werden die Fabrikanten gezwungen sein, die Verkaufspreise wieder zu erhöhen. Der Export hat sich gegen das Vorjahr auf gleicher Höhe gehalten, doch ist noch wie vor für die heiligen Sattlerfabriken durchweg das Ausland ausschlaggebend.

Eine Preiserhöhung für Lederfabrikanten befehlen die deutschen Fabrikanten vor. Auf der Tagesordnung für die Ende dieses Monats in Berlin stattfindende Generalversammlung steht u. a.: Maßnahmen zur allgemeinen Erhöhung der Preise. Ferner wird auf diese Versammlung auch mit Maßnahmen gegen den unlauteren Wettbewerb und mit dem Zubehörsachen beschäftigt.

Korrespondenzen.

Bremerhaven. (E. 16. 5.) In den Unterwerferorten sind wir in der Lage, von einem guten Organisationsverhältnis unserer Vertriebskollegen berichten zu können. Es ist daher nicht überraschend, wenn in der Versammlung am 10. Mai, in der Kollege Gildner-Damburg über: „Der Zweck der Organisation und ihre Erfolge“ referierte, Unorganisierte nicht anwesend waren. In der Diskussion erzielte Kollege Scholz, für weitest Verbreitung und intensives Studium der „Norddeutschen Volkstimme“ zu sorgen, um so das Wissen der Kollegenschaft zu erweitern. Der Gaudericht wurde von einigen Kollegen bemängelt. Kollege Gildner erklärte einige Mißverständnisse auf und betonte, die heiligen Kollegen haben durch tüchtige Mitarbeit den Beweis ihrer Organisationsfreudigkeit erbracht. Zum Schluß wurde noch dem Verfasser von: „Ein Wakt der Erinnerung“, dem Kollegen Benad-Dresden, der Dank ausgesprochen.

Aus anderen Organisationen.

Die 12. Generalversammlung der Maler, Radierer usw. erledigte in der Zeit vom 8. bis 13. Mai in München ihre Arbeiten. Nach einer aufgenommenen Statistik wurden 11 831 Radierer ermittelt, von denen 4045 im Malerverbande, 882 im Metallarbeiterverbande, 48 im Holzarbeiterverbande, 717 in sonstigen freien Verbänden, 163 bei den Christlichen, 140 bei den Christ-Dunderschen und 277 bei den Selben organisiert sind. 4751 gehören keiner Organisation an. Die gesundheitlichen Gefahren der Malerfarben, worunter die Maler in erheblichem Maße zu leiden haben, gab erneut der Generalversammlung Anlaß, ein gesetzliches Verbot der Verwendung aller bleibhaltigen Farben zu fordern. Auch wird von der Negierung erwartet, daß sie ihre besondere Aufmerksamkeit den durch das Bearbeiten der Erbsenstoffe für Terpentin und Arsen entstehenden gesundheitlichen Schäden schenkt. Für die Einführung der Gewerbesteuer in die Kunst u. a. wurden 37, gegen dieselbe 51 Stimmen abgegeben, somit ist dieselbe gefallen. Zur Stärkung des Kampfbundes wurde der wöchentliche Beitrag um 10 Pf. erhöht. Die Einsetzung einer besonderen Kommission wurde abgelehnt, es bleibt bei dem bisherigen Zustand, daß der Ausschuss die Preisverhandlung bildet. Dem Hauptvorstand wird ein Beirat, wie er auch in anderen Organisationen besteht, beigegeben. Dieser wird aus den Vorsitzenden des Ausschusses und den Bezirksleitern gebildet; er tritt auf Beschluß des Vorstandes und Ausschusses zusammen, um in allen wichtigen Aktionsfragen für die Gesamtorganisation gemeinsam Beschlüsse zu fassen. -- Abgelehnt wird ein Antrag, daß die Vorstandsvorleiter, Bezirksleiter und der Ausschussvorsitzende nur beratende Stimme haben sollen; ebenso abgelehnt wird ein Antrag, die Generalversammlung alle drei Jahre stattfinden zu lassen. -- Dem Vorstand werden Anträge wegen der Schaffung eines eigenen dekorativen Fachorgans eventuell als Beiblatt, ferner Anfang und Mitte März eine besonders für die Jugendlichen geeignete Nummer herauszugeben, zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Ausschussvorsitzende wird einstimmig, die bisherigen Vorstandsmitglieder gegen einige Stimmen wiedergewählt.

Die Schiffszimmerer Deutschlands haben auf ihrer 12. Generalversammlung den wöchentlichen Beitrag von 50 auf 60 Pf. erhöht, ohne an den Unterstützungseinrichtungen etwas zu ändern. Der Bei-

trag für die Lehrlinge beträgt 15 Pf. Die Unterstützung beginnt aber erst, wenn die Summe von 52 Marken à 60 Pf. gezahlt worden ist. Zum Streikreglement wurde beschlossen:

„Die Streikunterstützung wird vom vierten Tage an gewährt, aber bei Solidaritätsstreiks, Maßregelungen und Ausperrungen vom ersten Tage an.“

„Mitgliedern, welche bei Ausbruch des Streiks dem Verbands noch nicht drei Monate angehören, kann die halbe Streikunterstützung gewährt werden.“

Werden in einer Zahlreiche sämtliche Betriebe beitreift, so entscheidet der Vorstand über entsprechende Unterstützung der arbeitslosen Kollegen, falls dieselben drei Monate dem Verbands angehören.“

Von einer endgültigen Beschlusfassung über die Veredelung mit einer größeren Liquidation wurde Abstand genommen, dagegen wurde den Zahlstellen zur Pflicht gemacht, bis zur nächsten Generalversammlung zur Frage der Veredelung Stellung zu nehmen. Der Zentralvorstand erhält den Auftrag, sich mit den für den Anschluß in Frage kommenden Verbänden in Verbindung zu setzen, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eventuell der Anschluß erfolgen kann. -- Der bisherige langjährige erste Vorsitzende W. Müller-Damburg trat wegen hohen Alters von seinem Posten zurück. Die Generalversammlung ernannte Müllers große Verdienste um die Liquidation der Schiffszimmerer rückhaltlos an und bewilligte ihm ein Ruhegehalt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Erster Vorsitzender C. Schmidt-Mathewow; Kassierer G. Wickers-Damburg; Schriftführer C. Ficht-Damburg. Eine Kommission von 7 Mitgliedern wurde als engerer Ausschuss für den Fall einer Vakanz im Vorstande gewählt.

Der Buchbinderverband im Jahre 1910. Bei der starken Vertretung weiblicher Arbeitskraft in der Buchbinderei und den verwandten Gewerben ist die starke Zunahme der weiblichen Verbandsmitglieder besonders erfreulich. Im Berichtsjahre hat der Verband 1519 männliche und 3271 weibliche Mitglieder gewonnen, und er hat mit insgesamt 28 704 Mitgliedern eine Höhe erreicht, wie nie zuvor.

Der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit wurde in besonders wirksamer Weise geführt. Für 4719 Arbeiter und Arbeiterinnen wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 7943 Stunden pro Woche erreicht. Lohnerhöhungen wurden für 7646 Personen mit 594 776 M. pro Jahr erzielt; durch Abwehrtreits wurde eine Lohnherabsetzung für 133 Personen um 261 M. pro Woche beschützt. Diese Erfolge überragen die der letzten sechs Jahre. In den sechs Jahren von 1905 bis 1910 wurden 1 433 224 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 1 440 035 M. Lohnerhöhungen erreicht. Der Verband ist Tarifkontrahent bei 103 Tarifen, die für 1754 Betriebe mit 23 562 Personen Gültigkeit haben; die Buchbinderbranche ist mit 59 Tarifen für 1413 Betriebe mit 16 519 Personen am stärksten daran beteiligt, die anderen verteilen sich auf die Nebenbranchen. Neu abgeschlossen wurden im Berichtsjahre 59 Tarife für 910 Betriebe mit 8054 beschäftigten Personen. Für diese wirtschaftlichen Kämpfe hat der Verband rund 1/4 Million Mark aufgewandt.

Außerdem wurden nahezu 200 000 Mark an Unterstützungen ausgeschütt. Davon entfielen 100 000 M. auf die Unterstützung Arbeitsloser und 70 000 M. auf Krankenunterstützung. -- Mit diesen Erfolgen des Jahres 1910 hat der Verband das zweite Vierteljahrhundert seines Bestehens verheißungsvoll angefangen.

Wie die meisten Zentralverbände, so kann auch der Verband deutscher Gastwirtschiffen auf eine erfreuliche Entwicklung im abgelaufenen Jahre zurückblicken. Der Mitgliederbestand von 9572 stieg im Jahre 1910 auf 11 099. Das bedeutet eine Zunahme von 1447 Mitgliedern. Im Berichtsjahre hatte der Verband auch den ersten größeren Streik zu verzeichnen, den Streik der Cafékellner in Hamburg, an dem über 300 Personen beteiligt waren und der sich mehrere Monate hinzog. Der Lokalverein der Hamburger Cafékellner, der zunächst den Kampf gegen die dortigen Cafehausbesitzer zu führen hatte, vollzog den Anschluß an den Verband deutscher Gastwirtschiffen, der nunmehr die Leitung und die Kosten des Streiks übernahm. Die Kosten betragen rund 40 000 M. -- Die Klassenverhältnisse sind durchaus befriedigende. Einnahmen und Ausgaben balancieren mit rund 270 000 M. Der Kasienbestand betrug am 31. Dezember 1910: 133 568,92 M. An Unterstützungen (Kranken-, Reise-, Streik-, Sterbeunterstützung, Rechtschutz usw.) sind insgesamt über 85 000 M. verausgabt worden.

Der Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebearbeiter kann auch auf erfreuliche Fortschritte im Jahre 1910 zurückblicken. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg von 31 883 auf 35 490 und die der weiblichen von

6937 auf 8942; die Gesamtmitgliederzahl betrug am Jahreschlusse 44 432. Die Einnahme der Hauptkassen betrug einschließlich des Saldovertrages von rund 451 978 Mk. 1 253 948 Mk., die Ausgabe 711 646 Mk., so daß der verbleibende Kassenbestand 542 301 Mk. ergibt. Für Unterhaltung an die Mitglieder wurden verausgabt: An Kranke 100 150 Mk., an Reisende 25 739 Mk., für Wohnbewegungen und Streiks 260 691 Mk., für Gemahregelte 6621 Mk., sonstige Unterhaltungen 3899 Mk., für Unterhaltungen im ganzen 397 102,59 Mk. Die Vorkasse hatten eine Einnahme von 309 308 Mk. und eine Ausgabe von 271 533 Mk., die Kassenbestände wiesen am Jahreschlusse 145 213 Mk. auf. Die Zahl der Lohnbewegungen ohne Streik betrug 105, die sich auf 1997 Betriebe in 103 Orten mit 10 463 Beschäftigten erstreckten. Außerdem waren 43 Angriffstreiks zu verzeichnen, an denen 2922 männliche und 3464 weibliche Personen beteiligt waren, ferner 12 Abwehrstreiks mit 200 Beteiligten und 3 Ausperrungen mit 1050 männlichen und 756 weiblichen Beteiligten.

Ein Steinschwertart für das Verzugum Anhalt ist nach nahezu zweijährigen Verhandlungen jetzt zum Abschluß gelangt. — In Coblenz in der Streik der Steinarbeiter zugunsten der Arbeiter beendet worden. Erreicht wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne von 5 Pf.; der Minimallohn beträgt jetzt für Steinbauer 60 Pf., für Schleiher 50 Pf. und für Hilfsarbeiter 47 Pf. Die Tarifdauer ist vom 1. Mai 1911 bis 1. Mai 1913. Die Affordpositionen werden um 8 1/2 Proz. erhöht. — Der Kampf im Mannheimer-Ludwigshafener Hafengebiet ist beendet und die Arbeit am 3. Mai aufgenommen worden. — Der Streik der Maurer und Zimmerer in Wetzlar a. D. ist nach zweiwöchentlicher Dauer mit Abschluß eines Vertrages beendet worden. Der Vertrag gilt bis 31. März 1914. Der Lohn wird sofort von 45 auf 48 Pf. erhöht und am 1. April 1913 tritt eine weitere Lohn-erhöhung von 2 Pf. ein. — Bei der Firma Koll in Coesfeld waren die Textilarbeiter seit Wochen ausständig; es handelte sich in der Hauptsache um christlich organisierte Arbeiter. Der Verband der Textilindustriellen des Ministerlandes hat beschlossen, die organisierten Arbeiter im ganzen Bezirk zu kündigen, wenn die Differenzen bei der Firma nicht beendet werden. Auf den Kündigungserscheinungen ist extra vermerkt, daß die Kündigung nur dann ausgeführt wird, wenn der Streik bei der Firma Koll nicht beendet ist. Es lämen bei dieser eventuellen Aussperrung 15 000 bis 20 000 Personen in Frage, meist Mitglieder des Christlichen Verbandes. Inzwischen wurde eine Einigung mit der Firma Koll erzielt, weswegen die Aussperrung unterlassen wurde. — Wegen der Freigabe des Sonnabendnachmittags entstanden bekanntlich in einigen Textilfabriken in Ost-Preußen, die von den Unternehmern zu einer allgemeinen Aussperrung im bayerischen Industriebezirk benutzt werden sollten. Zwischen dem Verband der süddeutschen Textilindustriellen und dem Textilarbeiterverband ist es nunmehr zu einer Einigung gekommen. Die Arbeitszeit für den Sonnabend wurde auf 8 Stunden festgesetzt, für die übrigen Tage bleibt die zehnstündige Arbeitszeit bestehen; die Freigabe des Sonnabendnachmittags konnte also nicht erreicht werden. Bei den Verhandlungen wurde aber weiter erreicht, daß bei Warten auf Material die Arbeiter pro Stuhl und Stunde mit 10 Pf. entschädigt werden, wenn das Warten länger als 6 Stunden beträgt; von der vierten Stunde an wird das Warten bezahlt. Zur Erklärung diene, daß der Arbeiter meist drei Stühle bedient und wegen Mangel an Material einen und zwei Stühle leerlaufen lassen muß. Ferner wurde bestimmt, daß bei schlechtem Geschäftsgang Arbeiterentlassungen drei Wochen vorher bekanntgegeben werden müssen. Sämtliche ausständigen Arbeiter werden innerhalb 8 Tagen eingestellt. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. — Am 9. Mai sind die Straßenbahn in Bremen wegen Maßregelung eines Fahrers in den Ausstand getreten. Der Betrieb wird nur durch etwa 60 Mann, Christliche und Kontrolloren, mühsam aufrechterhalten. Mehr als 300 haben sich der Bewegung angeschlossen. — Die Tarifverhandlungen der Buchbinder für Berlin, Leipzig und Stuttgart haben den Arbeitern ganz bedeutenswerte Lohn-erhöhungen gebracht. Die Verantungen über den Affordtarif wurden am 22. Mai fortgesetzt.

Der Schuhmacherstreik in Stuttgart, bei dem sich die Mitglieder des „Christlichen Lederarbeiterverbandes als Arbeitswillige besonders hervortun und mit allen Mitteln versuchen, Arbeitswillige von auswärts heranzuziehen, um so die Lohnbewegung zunichte zu machen, dauert unverändert fort. — Der Streik der Bäcker und Konditoren in Hamburg-Altona Wandsbeck ist beendet. — Die Bäcker-gesellen Berlins haben den Schieds-spruch des Einigungsamtes angenommen, die

Junngemeiner haben ihn abgelehnt, wodurch ein Streik, an dem in 1100 Bäckereien mit 7000 Gesellen, wovon 5000 frei organisiert sind, unvermeidlich geworden ist. Die Meister haben mit den zirka 1000 „Gelben“ einen Vertrag abgeschlossen. In Breslau stehen die Bäcker im Streik. Auch hier hat die Junngemeine Verhandlungen vor dem Gewerbegericht und vor dem Bürgermeister abgelehnt. In Dresden haben die Bäcker der Junngemeine Forderungen eingereicht, wonach das Brot und Roggenbrot beim Meister befreit, ein Mindestlohn von 24 Mk. und allwöchentlich eine 30tägige Ruhepause eingeführt werden soll. In Karlsruhe lehnt die Bäckerinnung jede Verhandlungen ab, dagegen finden solche in Mannheim statt. In Reuerbach bei Stuttgart wurde ein Tarifvertrag mit der Junngemeine der Bäcker abgeschlossen, der die Brot im Laufe des Meisters befreit und einen Mindestlohn von 20 Mk. pro Woche festsetzt. Außerdem sind die Ferien tariflich geregelt. Während vor den Toren Stuttgarts das Unternehmertum im Bäckerberuf eine Reformierung der veralteten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gesellenorganisation durchführte, sträuben sich die Bäckermeister in Stuttgart mit Händen und Füßen, von den bestehenden Zuständen abzulassen. Hier hat die Junngemeine jede Unterhandlung abgelehnt und mit dem gelben Gesellenauschuß einen Tarifvertrag vereinbart, in dem das Verbleibende festfixiert wurde.

Rundschau.

Aus dem Reichstag. Wenn diese Nummer in die Hände der Leser gelangt, wird die Reichsversicherungsordnung unter Dach und Fach sein. Sie wird verabschiedet werden gegen die Stimmen derer, die die Vertreter der Arbeitermassen sind, für die das neue Gesetz geschaffen werden sollte. Für sie? Gewiß — aber auch gegen sie. Man muß sich erinnern der Worte des Reichstagslers, die er gelegentlich der Etablierungen ausgesprochen hat: zu den Maßnahmen gegen den angeblichen Machtmissbrauch der Sozialdemokratie gehörten auch die Bestimmungen in der Reichsversicherungsordnung, die die Verwaltung der Krankenkassen regeln!

Es wäre töricht, leugnen zu wollen, daß die Reichsversicherungsordnung mancherlei Verbesserungen bringt. Für die Verbesserungen traten die sozialdemokratischen Abgeordneten selbstverständlich ein. Aber nicht nur, daß mit ausnahmslos alle von den stufenbenutzten Arbeitern aufgeschlossen und von der sozialdemokratischen Fraktion zu bestimmten Anträgen formulierten Forderungen abgelehnt worden sind — nein, mehr noch: die beschiedenen Fortschritte sollten die Arbeiter erkaufen mit der Preisgabe bisher bestehender und gewissenhaft ausgeübter Rechte.

Wie war denn das Bild im Reichstage in der Woche vom 15. bis zum 20. Mai? Abgelehnt wurden wieder alle Anträge der Sozialdemokraten, die sich auf das Verwaltungsvorfahren, auf die Vereinfachung der Bevorzugung der Großgrundbesitzer, auf den Schutz der freien Hilfsklassen, auf die Sicherstellung der Unfallverletzten, auf die Ansparschaftskassen, auf die Herabsetzung der Altersgrenze für Altersrente usw. usw. bezogen. Und bei allen diesen Abwägungen von Arbeitersforderungen waren die „Christlichen“ und „nationalen Arbeiter“ Wiesberts, Behrens, Weder, Schiffer die eifrigsten Jünger — ein Bild zum Erbuchen! Wir können ja bei den beschiedenen Raumverhältnissen nicht ins Detail gehen, deshalb sei nur eine für die „Christen“ typische Szene geschildert.

In der Reichsversicherungsordnungskommission war ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt worden, der die Altersgrenze für die Altersversicherung auf 65 Jahre herabsetzen wollte. Für die Ablehnung hatten sich auch die Freisinnigen ins Zeug gelegt. Demen war aber inzwischen doch wohl bessere Einsicht gekommen und so lag am 19. Mai dem Plenum nicht nur der sozialdemokratische Antrag betr. die erwähnte Altersgrenze vor, sondern auch ein gleich freisinniger Antrag. Diese Anträge wurden mit 160 gegen 146 Stimmen zu Fall gebracht, nachdem die Weder und Wiesberts Seite an Seite mit den Regierungsspitzen Delbrück, Wermuth und Caspar feinerweichend für Ablehnung geredet hatten. Staatssekretär Delbrück hatte erklärt, daß die Annahme der Anträge für das Reich eine Mehrbelastung von 9 (neun!) Millionen bedeute. Ehe die Regierung diesen Antrag akzeptiere, lasse sie sich sicher die ganze Vorlage scheitern! Und hinter diesen faulen Haufen verschlangen sich die „Gewerkschaftler“ christlicher Gesinnung Weder und Konjorten, um dafür zu sorgen, daß arme Teufel von 65 Jahren die Altersrente noch nicht bekommen.

Es ist hier nicht angebracht, die Frage der politischen Macht, die das Zentrum tatsächlich besitzt,

aufzurufen; das muß der politischen Presse vorbehalten bleiben. Aber nebenbei sei doch festgestellt, daß die Regierung sich gehütet haben würde, ihre „Unannehmbar“ auszusprechen, wenn das Zentrum die Erklärung abgegeben hätte, daß es keinen Plenum für Deer und Marine mehr bemitleide, bevor die Regierung den Altersgrenzenantrag geschickt habe. Aber da das Zentrum nur aus autoritativen Gründen, nämlich des Wählerfanges wegen, in Sozialpolitik macht, in Wirklichkeit aber eine agrarische und industriekapitalistische Partei ist, so ist sein Verhalten dem Kenner verständlich; daß gerade ein „Christlicher“ „Gewerkschaftssekretär“ die Judasrolle spielen mußte, bemerkt nur, wie die Zentrumsgrafen ihre Mäulchen an der Struppe haben. Alles in allem: die sozialdemokratischen Abgeordneten haben sich die größte Mühe gegeben, alle arbeiterschädigende Bestimmungen aus dem Gesetz zu entfernen, in dem die Arbeiterunterstützung zuzufügen an die Spitze gestellt worden ist. Daß es die Verbündeten Regierungen haben wagen können, eine solche Vorlage, in der dürftige Verbesserungen durch schändliche Verböserungen nahezu erdrückt werden, überhaupt zu machen, liegt an — den Reichstagswählern. Sie sind noch zu Millionen auf den „nationalen“ Schwindel hineingefallen und haben dann die Volkerverteilung gewährt, deren Mehrarbeit die Arbeiter durch Steuern und Entrechtungen zufriednen machen will.

Die Portefeuille wurden am 15. Mai im Reichstage erwähnt in einer Rede des Abg. Scheidemann, der über die Oemarbeiterfrage sprach. Nach der Reichsversicherungsordnung sollen die Hausgewerbetreibenden als versicherungspflichtig den Landkrankenassen zugeführt werden, in denen absolute Rechtslosigkeit herrscht. Als Grund für diese Zuweisung hatte die Regierung angegeben: die Hausgewerbetreibenden ständen den Landarbeitern wirtschaftlich am nächsten. Dagegen wandte sich der genannte Abgeordnete sehr energisch, indem er auf den fundamentalen Unterschied zwischen den von Junkern und Palmjüngern wie die Hunde behandelten Knechten und Wägden und die intelligenten, auf ihre relative „Selbstständigkeit“ stolzen Stabwarenarbeiter in Solingen verwies, bei denen ähnliche Verhältnisse anzutreffen wären, wie bei den Portefeullern. Die Formulierung des betr. Paragraphen (§ 515a) ist jetzt so, daß Hausgewerbetreibende, die durch Ortsstatut bereits versicherungspflichtig sind, in den Kassen verbleiben können, denen sie jetzt angehören. Dagegen sollen Hausgewerbetreibende, die erst jetzt versicherungspflichtig werden, regelmäßig den Landkrankenassen zugewiesen werden! Schöne Aussichten für die Hausarbeiter in manchen Großstädten!

Die Zentralkrankenkasse der Saffler und Portefeuille Deutschlands (E. S. 64 Berlin) konnte trotz der erschwerten Verarbeit, herbeigerufen durch die dem Reichstage zur Beratung vorliegende Reichsversicherungsordnung, im Jahre 1910 ihren Mitgliederbestand von 3532 auf 3843 steigern. Das Gesamtvermögen beträgt 89 268 Mk., was einer Vermehrung von 10 711 Mk. gleichkommt. Den Einnahmen von 100 538 Mk. steht eine Ausgabe von 89 827 Mk. gegenüber. Im Berichtsjahre waren 1506 Krankheitsfälle mit 33 179 Krankheitsagen zu verzeichnen. — Kollegen, die das 45. Lebensjahr noch nicht erreicht und die Aussicht haben, Mitglied dieser freien Hilfskasse zu werden, seien darauf hingewiesen, daß die Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung erfolgt.

Eine beträchtliche Verminderung der Schlachtungen im Deutschen Reiche hat nach den soeben veröffentlichten Zusammenstellungen des Kaiserlich Statistischen Amtes für das erste Vierteljahr 1911 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres stattgefunden. Wir veröffentlichen nachstehend die offiziellen Zahlen:

	1911	1910	Zu- Abnahme
Ochsen	143 130	156 418	— 13 288
Bullen	102 820	119 067	— 17 047
Rühe	437 4-9	483 850	— 46 361
Jungvinder	199 398	247 548	— 48 147
Kälber bis drei Monate alt 1 064 607	1 315 900	— 251 888	
Verder	89 298	40 482	— 1 189
Schafe	464 999	510 678	— 45 677
Ziegen	186 194	189 794	— 3 600
Gänse	2 180	2 270	— 90

Der Rückgang betrifft danach alle Viehstaltungen mit Ausnahme der Schweine. Die Verminderung der Schlachtungen ist eine wesentliche, sie beträgt für Ochsen 12 Proz., für Kühe und Schafe 10 Proz., für Bullen 7 Proz., für Jungvinder 20 Proz. und für Kälber fast ebensoviel.

Da die Einfuhr getrockneten Fleisches so minimal ist, daß sie fast gar nicht in Betracht kommt, besagen obige Zahlen, daß der Fleischkonsum auch im 1. Quartal 1911 erheblich zurückgegangen ist.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Am **Sonabend, den 27. Mai**, ist in allen Ortsverwaltungen die **Zahl der männlichen und weiblichen Mitglieder**, sowie der anfassigen und zugewiesenen **Arbeitslosen festzustellen**. Die Resultate sind auf der grauen Karte einzutragen und bis **spätestens den 3. Juni** an den Vorstand einzulenden. Die Karte ist auch dann auszufüllen, wenn keine Arbeitslosen an diesen Tagen zu verzeichnen sind. Bei der letzten Zählung fehlten **30 Verwaltungsstellen**. Dieser Mangel wird wohl genügen, um jede Ortsverwaltung zu veranlassen, die Karten pünktlich einzulenden.

Die **Mitgliedskarten der Jugendlichen** sollen erst dann zum Umtausch eingelangt werden, wenn dieselben voll geklebt sind, oder diese Mitglieder zum Vorbande übertritten. Es können also mehr als **52 Karten** in diese Karten geklebt werden.

Wir erinnern nochmals daran, daß die ausgefertigten Urteile und Akten für Rechtsachen in denen die Organisation Rechtshilfe bewilligt hat, an den **Hauptvorstand** einzulenden sind.

Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

Wegen des **Plingstfeiles** muß der Redaktionsklub für die **Nr. 23** der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ schon am **Sonabend, den 3. Juni**, sein. Wir ersuchen unsere Kollegen, dies zu beachten.

Teil. Wegen Raumangel zurückgestellt. Seiten **Wuß S. W. Stettin**. Desgleichen.

Bücherschau.

Der **gewerbliche Tarifvertrag**, seine Bedeutung für die **Gewerkschaften**. Unter diesem Titel hat der Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands eine **40 Seiten** umfassende Flugchrift herausgegeben. Die einzelnen Kapitelüberschriften lauten: **Bezug und Verbreitung des Tarifvertrages**; **Geschichtliches über den Tarifvertrag**; **Technik und Rechtswirkungsseite des Tarifvertrages**; **Resümee und Schlußwort**. Wenn die Schrift auch in erster Linie einen **Verbandszweck** verfolgt und sich auf die Zustände im

Baugewerbe bezieht, so ist sie doch für die gesamte **moderne Arbeiterbewegung** ein interessantes Dokument, das besonders jeder **gewerkschaftlich organisierte Arbeiter** lesen sollte. Zu beziehen ist die Schrift durch die **Zahlstellenverbände** in den Orten, wo genannter Verband vertreten ist und durch den Vorstand des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, **Damburg 1, P. Jendebornhof 57**.

Die **Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie**. Unter diesem Titel hat der **Verband der Fabrikarbeiter** eine Schrift herausgegeben, die auf weitestgehende **Beachtung** Anspruch machen darf. Der **Verfasser** (H. Schneider, Redakteur des „Proletarier“) schildert in der Schrift, an Hand **überreichen Materials**, die **Unfall- und Erkrankungsgefahren** in der **chemischen Industrie**. Zahlreiche **graphische Darstellungen, Tabellen und Diagramme** erläutern die **Zahlen im Text**. Die **Abbildungen** verletzter und erkrankter Personen legen von der **ungeheuerlichen Verwüstung** von **Menschenleben und Menschengeundheit** in der **chemischen Industrie** Zeugnis ab. Die **Anschaffung** dieser Schrift kann allen, die sich mit **gewerkschaftlichen Fragen** beschäftigen, nur **empfohlen** werden.

Der **Preis der Schrift** ist **3 Mk.** für das **kartonnierte** und **4 Mk.** für das **gebundene Exemplar**. Den **Bezug** vermittelt die **Volksbuchhandlung** in **Dannover**.

Vom **Vorwärtsverlag** werden herausgegeben:

„**Beamtenhaft und Sozialdemokratie**“ (Ein **Mahnwort** an alle **Beamten**), sowie „**Die indirekten Steuern und Bölle**“ (Wer sie zahlt und wem sie nützen). **Beide Broschüren** sind **populär geschrieben**. Der **Preis** beträgt **10 Pf.** pro **Heft**.

„**Geschichte der Revolutionen**“. Von **Dr. A. Conrad**. Die **Hefte 18 und 19** sind zur **Ausgabe** gelangt. Jede **Woche** erscheint ein **Heft** und kann mit dem **Abonnement** jederzeit **begonnen** werden. **Pro Heft 20 Pf.**

„**In Freien Stunden**“. Eine **Wochenschrift**. **Romane und Erzählungen** für das **arbeitende Volk**. **Preis** pro **Heft 10 Pf.** Die **Hefte 10 bis 21** sind erschienen.

„**Gratis-Kunstblatt**“. Der **Verlag** der **Wochenschrift** „**In Freien Stunden**“, die **Buchhandlung** **Vormwärts**, **bittet** uns **insolge** vieler an sie **ergangener Anfragen** mitzuteilen, daß die **Ausgabe** des **neuen Kunstblattes** mit **Heft 26** der **Zeitschrift** erfolgt. Zur **Verteilung** gelangt **diesmal** **Huisdael, Bewegte See**. **Anspruch** auf das **Kunstblatt** haben alle **Halbjahrs-**

abonnenten. Von dem **gegenwärtig** erscheinenden **Roman** „**Der Jude**“ von **Karl Spindler** sind die **bereits** erschienenen **Seite** noch zu haben. „**In Freien Stunden**“ erscheint **wöchentlich** und ist zum **Preis** von **10 Pf.** pro **Heft** durch alle **Buchhandlungen, Kolporteurs** und **Spediteure** zu beziehen.

Sterbetafel.

Offenbach a. M. **Karl Mlig** im 26. Lebensjahre, **Kungenfrank**.
Ehre seinem Andenken!

Vertammungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir **litteralen Bericht** von **Vertammungsangelegenheiten**, die bis zum **Redaktionschluss** 14 und 15 eintreffen.)

- Berlin**. **Branchen-Versammlungen**. **Geschirrbrenner**: **Donnerstag**, den 1. Juni, **abends 8 1/2 Uhr**, im „**Gewerkschaftshaus**“, **Engelauer 15**. — **Eisenmöbel- und Lederindustrie**: **polsterer**: **Donnerstag**, den 1. Juni, **abends 8 1/2 Uhr**, im „**Gewerkschaftshaus**“, **Engelauer 15**. — **Seifenröhren**: **Samstag**, den 3. Juni, **abends 8 1/2 Uhr**, im „**Gewerkschaftshaus**“, **Marktplatz 6**. — **München**: **Samstag**, den 3. Juni, **abends 8 Uhr**, im „**Lampgarten**“, **Jägerstr. 14**. — **Hiel**: **Dienstag**, den 30. Mai, **abends 8 1/2 Uhr**, im „**Gewerkschaftshaus**“, **Jägerstr. 24**. — **Bismar**: **Sonabend**, den 3. Juni, **abends 8 1/2 Uhr**. — **Hemscheid**: **Samstag**, den 3. Juni, **abends 8 1/2 Uhr**, im „**Volkshaus**“, **Bismarckstraße**. — **Mannheim**: **Samstag**, den 3. Juni, **abends 8 1/2 Uhr**. — **Vera**: **Sonabend**, den 3. Juni, **abends 8 1/2 Uhr**, im **Michels Lokal**, **Greizer Gasse**. — **Damburg-Altona**: **Donnerstag**, den 1. Juni, **abends 8 1/2 Uhr**, im „**Gewerkschaftshaus**“. — **Seifenröhren**: **Samstag**, den 3. Juni, **abends 8 1/2 Uhr**, im „**Volkshaus**“. — **Offen a. d. M.**: **Sonabend**, den 3. Juni, **abends 9 Uhr**, **Versammlung** im **Restaurant Schüring**, **Rheinische Straße**. — **Kaiserslautern**: **Sonabend**, den 3. Juni, **abends 8 1/2 Uhr**, im **Lokal** „**Zu den drei Mühlen**“, **Stadtweiberstraße 1**.

ANZEIGEN

Tüchtige Wagenfettler
für dauernde Beschäftigung per sofort gesucht.
Seibronner Fahrzeugfabrik, Seibronn a. N.
— **Wagensattler** —
sucht
Karosseriewerk Papler, Cöln,
Neuherstraße 27.

Tüchtige Koffermacher,
perfekt auf **Wasser- und Wägetoffer**, zum **sofortigen**
Eintritt gesucht. **Zielung** dauernd
Gregor Hofbauer, Kofferfabrik,
München, Dachauerstraße 54.
1 tüchtigen Maschinennäher für
Sattlerwaren
aller Art, **Sattelmacher**, auch **Teilarbeiter**, sowie
Reisetaschen- und Reizeigarbeiter stellt ein
Reinhardt, Berlin, Markgrafenstr. 70.

Tüchtige Sattler
auf **Vulcan-Fibre-Koffer** finden dauernde **Beschäftigung**.
Haeßler & Vöcker, Magdeburg-Wst.

Lederschärferei,
saubere Arbeit, **billige Preise**, **schnelle Bedienung**.
Berlin SO., Reichenbergerstr. 159, Quergeb. III.
Werkzeuge, Beschläge, Nieten u. Stifte.
Spezialität von **E. Neubauer, Offenbach a. M.**
Lieferung sofort ab **Lager**.

Werkmeister gesucht
nach **außerhalb** (nur erste Kraft), auf **Wappen, Taschen** u. aus **Kunstleder** (weiche Arbeit), **durch-**
aus **selbständig**, muß **Personal** anlernen, **beaufsichtigen** können, in **Kalkulation** und **Einkauf** **firm**
sein. Ausführliche **Vorstellungen** mit **Gehaltsansprüchen** sowie **Angaben** **bisheriger Tätigkeit**
unter **R. O. 4267** an **Rudolf Wolff, Berlin SW.**

Die Palmen,
jene herrlichen tropischen Gewächse sind unstreitbar der schönste **Zimmer schmuck**. Dem keine
andere **Pflanze** gibt dem **Heim** ein **solch vornehmes und gediegenes Aussehen**, als eine der **nach-**
stehenden **Palmen**. Durch **günstigen** **Abchluss** mit einer der **größten** **Palmenzüchtereien** bin ich
in der **Lage**, **extra** **starke**, **garantiert lebensfähige**, **herrliche**, **frischgrüne** **Exemplare** zu den **billigsten**
Preisen zu **offizieren**.

Phönix canariensis.
Neuerst **widerstandsfähige**, **sehr** **beliebte**
Zimmerpalme mit **saftig grünen** **Wedeln**.
1 Stück **3,-, 4,-, 5,-, 6,-, 7,50** **Mark**.

Areca sapida.
Härteste **Zimmerpalme** von **elegantem** **Bau**,
unempfindlich gegen **Temperaturwechsel**, für
Blumentische.
1 Stück **3,-, 4,-, 5,-, 6,-** **Mark**.

Kenia Belmontiana.
Eine der **prächtigsten** und **härtesten** **Zimmer-**
palmen für **Blumentische** und **Tafeldekoration**
mit **dunkelgrünen** **Wedeln**.
1 Stück **3,-, 5,-, 7,-, 10,-** **Mark**.

Catania borbonica (Fächerpalme).
Sehr **effektvoll** mit **fächerartigen** **Blättern**. Eine
allgemein **bekannt** und **beliebte** **Zimmerpalme**.
1 Stück **2,-, 3,-, 5,-, 7,-, 9,-** **Mark**.

Die **Palmen** in der **höchsten** **Preislage** eignen sich **wegen** ihrer **Größe** nur für **hohe**
Zimmer. **Preise** bei **Rehrabnahme**, sowie für **künstliche** **Palmen** **brieflich**, **ebenso** **wird** **jede**
Anfrage **sofort** **ladmännlich** **erledigt**. Eine **ausführliche** **Anweisung** über **Pflege** und **Behandlung**
der **Palmen** liegt **jeder** **Sendung** **gratis** **bei**.

H. Bogenhardt, Erfurt.